

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
jeite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Donnerstag, den 7. Dezember 1899. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Hat eine Regierung ihr Wort zu halten?

Die öffentliche Moral ist etwas anderes als die gemeine
private Moral und ihr in vielem sogar geradezu entgegen-
gesetzt. Aber daß Staatsmänner — oder sagen wir lieber,

Nach der Zurückweisung dieser Vorlage war die Reichs-
regierung mäuschenstill; und die Frist, bis zu welcher die Auf-
hebung des Verbots erfolgt sein mußte, — der 1. Januar 1900,

So begann die Sitzung mit geringen Erwartungen, ob-
wohl man zu dem merkwürdigen Schauspiel, daß die Regierung
beabsichtige, ihr Versprechen zu halten, nicht nur den Reichs-

So dachten freilich nicht alle Vertreter des Volks. Im
Gegenteil — und hierin liegt die Bedeutung der gestrigen
Sitzung — verschiedene Mitglieder des Reichstags schlugen

Angenogelt sei noch, daß die Konservativen, also die
Partei, welche sich eines besonders feinen Ehrgefühls, ja einer
besonderen höheren Ehre rühmt, durch ihren Vertreter der

Oder werden die Herren Bacher und Genossen das,
was die Regierung thut, für wohlgethan erklären und
„dankend“ als „Geschenk“ hinnehmen? —

Die heutige Erklärung Hohenslobes erfüllt die Deutsche Tages-
zeitung mit tiefem Schmerz. Es ist in der That nicht zu leugnen,

Fürsten Bismarck, kaum ein Menschenalter nach der Gründung des
Reiches, das ist ungläublich, das ist tief beschämend.

Es kann das Vertrauen in die Stärke und Stetigkeit der
von den verbündeten Regierungen verfolgten Reichspolitik nur in
der bedenkllichsten Weise erschüttern, wenn man sehen mußte,

Gerade in einer Zeit, wie die gegenwärtige, wo der Umsturz
so selbstbewußt sein Haupt erhebt, weil manche Parteien ihm
gegenüber eine bedauerliche Schwäche und Nachgiebigkeit an den Tag

Wie immer man daher den anscheinend von den verbündeten
Regierungen gefassten Beschluß betrachten mag, so kann man ihn
nur als einen schweren und bedauerlichen Fehler

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Dezember.

Der Reichstag
setzte nach Erledigung des Antrages Bassermann (s. d. Leit-
artikel), der in erster und zweiter Lesung mit allen Stimmen
gegen die der Konservativen und meisten Freikonservativen

Ist das Gesetzliche erlaubt?

Daß die Strafbarkeit des Gesetzlichen durch alle
Instanzen der Staatsverwaltung hindurch behauptet werden
kann, und daß es erst eines Spruches des Ober-Verwaltungs-

In einer Versammlung der deutsch-hannoverschen Partei, die im
November 1897 in Obergötzen im Regierungsbezirk Lüneburg ab-
gehalten wurde, fielen die Worte: „Wir erstreben die Wiederherstellung

Herrmann klopfte dann beim Ober-Verwaltungs-
gericht, vor dem sich der Minister des Innern durch einen Kom-
missar, den Regierungsrat Kauch vertreten ließ. Herr Kauch meinte,

sein, daß das auch von ihm erstrebte Ziel der genannten Partei
nur durch Gewalt zu erreichen sei, und es sei möglich, daß einmal
ein gewaltmächtiger Versuch nach der Richtung hin gemacht werde;

Somit hat das Ober-Verwaltungsgericht glücklicherweise
den Staatsbürgern das Recht gewahrt, daß sie die Gesetze
befolgen dürfen. Daß die Verwaltungsbehörde gerade gegen-
über der weltlichen Agitation die Strafbarkeit des Gesetzlichen

Deutsches Reich.

„Vor der Krise“. Unter diesem alarmierenden Titel veröffent-
licht der Herrnhäuser Graf Hohenthal in der „Kreuz-Ztg.“

Bei diesen Ziffern gerät man zunächst in stummem Staunen,
sobann fragt man sich: giebt es wirklich einen Abgeordneten,
welcher den Mut findet, solche Summen zu bewilligen? Das

Da wird der Regierung wohl nichts anderes übrig bleiben, als
demütig vor dem Junkerlein zu kapitulieren, zumal sie auch die be-
kannte Verfassungswidrigkeit wegen der Wahrung der Land-

Wir Konservative sind keine Verfassungsschwärmer und wollen
es nicht sein, aber wir wollen ihre Vorschriften eifrig halten und
gehalten wissen, weil ein Zuwiderhandeln gegen sie seitens des

In einem redaktionellen Artikel vom Mittwoch äußert sich die
„Kreuz-Zeitung“ sehr düster über die innere Lage. Sie klagt über
die Verfahrtheit der Zustände, die Landagitation der Social-

Das Blatt empfiehlt dann weiter seine Partei als die einzige
zuverlässige Stütze der Regierung durch den Hinweis auf die
„beleidigende“ Ablehnung der Justizhausvorlage. Da die

Schließlich ist die „Krenz-Zeitung“ nicht im Zweifel, daß es im Reichstage in nicht zu fernster Zeit zur Entscheidung von Fragen kommen wird, bei denen eine Niederlage der verbündeten Regierungen die Auflösung notwendig macht. Unter diesen Umständen sollte die preussische Regierung alles vermeiden, was die Ausdehnung des Kampfes ins Reich für sie verschlechtern kann. Eine solche Verschlechterung muß aber nach einer Auflösung des Abgeordnetenhauses und einem von der Regierung gegen die konservativ-partei geführten Wahlkampfe eintreten. Man muß dabei stets im Auge haben, daß die große Masse der Wähler nicht so fein zu unterscheiden vermag, wie die Abgeordneten und die Staatsregierung. Wenn die Wähler es erleben müßten, daß heute ihre bisherigen Vertrauensmänner bei Landtagswahlen von der Regierung bekämpft werden, so wird morgen ihre Meinung, dieselbe Regierung zu unterstützen, nicht gerade groß sein.

Die naive Unverschämtheit dieser Aeußerungen, die der Regierung klar machen, daß sie nur von Junkers Gnaden lebt, zeigt wieder einmal, wie sich die Ostelbier in ihrer Herrenstellung fühlen.

**Das Geheimnis der Justizhausvorlage.** Es stellt sich immer klarer heraus, daß die Justizhausvorlage ursprünglich dem Widerspruch verschiedener Bundesregierungen begegnet war. In der württembergischen Kammer gab dies auf Anfrage des Genossen Klotz betreffend die Haltung der württembergischen Regierung im Bundesrat der Minister des Innern Wülfel indirekt zu; die Regierung habe gegen eine Reihe von Vorschlägen entschieden Einwendung erhoben, da in Württemberg ein Bedürfnis dazu nicht vorliege. Schließlich aber der Vorlage zugestimmt, da die übrigen Bestimmungen gesetzlich erschießen.

Solche Mittel mag man angewendet haben, um die Einheit des Bundesrats herbeizuführen! Leider hat der Minister nicht verstanden, welche Vorwürfe Württemberg widerstrebt und welche es als berechtigt anerkannt habe.

**Die wachsende Selbständigkeit der Sozialverwaltung.** kommt seit 1896/97 im Etat in einer immer größeren Trennung der auf das auswärtige Amt und die Kolonialleitung bezüglichen Ausgaben zum Ausdruck. Auch äußerlich ist die Scheidung eine immer größer geworden; die Dienstämter finden sich nur zum kleinsten Teile noch im auswärtigen Amt, zum größten dagegen in den Reichshäusern Wilhelmstraße 62 und Mohrenstraße 7. Jetzt soll die Kolonial-Zentralverwaltung ihr eigenes Dienstgebäude erhalten. Ein zweidritteliges Grundstück — heißt es in der Etatsbegründung — ist Prinz Friedrich Karl-Allee Nr. 2/4, dessen Besitzer dem Reiche das Vorkaufrecht bis zum 31. März 1900 gewährt hat, gefunden worden. Es umfaßt 310 Quadratmetern und ist für den als angemessen zu erachtenden Preis von 1 240 000 M. angeboten worden. In dem Kaufpreise treten noch Nebenkosten im Betrage von 13 000 M. Die Baukosten sind auf 1 300 000 M. veranschlagt, wovon 500 000 M. als erste Rate eingestellt sind.

**Der Zustand des Reiches zur Invaliden- und Altersversicherung.** wird im Etatsentwurf für 1900 auf etwas über 20 1/2 Millionen Mark berechnet. Diese Berechnung fußt auf folgenden Tatsachen und Wahrscheinlichkeiten: Nach den Mitteilungen der Versicherungsanstalten und Kassenanstalten über Rentenbewilligungen und Rentenverfälle ist anzunehmen, daß am 1. Januar 1900 ein Bestand von rund 500 000 Invaliden- und Altersrenten vorhanden sein wird. Geht man von den Bestimmungen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes vom 22. Juni 1889 aus, so darf der Zugang im Jahre 1900 — namentlich mit Rücksicht auf die erhebliche Zunahme von Invalidenbewilligungen in den letzten Jahren — auf 109 000, der Abgang auf 63 500 Invaliden- und Altersrenten geschätzt werden. Wird als Reichszuschuß wieder, wie in den letzten Jahren, für den Zugang ein Betrag von 33 M. für jede Rente, für den Abgang ein Betrag von 25 M. in Ansatz gebracht, so stellt sich der Zustand des Reiches zu den Renten für das Jahr 1900 auf: 609 000 · 50 + 109 000 · 33 = 63 500 · 25 = 20 630 500 M. Für die Belastung des Reiches aus Rentenanteilen für militärische Dienstleistungen (§§ 40, 125 des Invalidenversicherungsgesetzes) ist die Einstellung eines Betrages von 42 000 M. für ausreichend erachtet worden, während die Ausgaben des Reiches für Beitrags-erstattungen (§§ 42, 44 a. a. O.) auch weiterhin mit 1000 M. genügend hoch bemessen sein dürften. Die Belastung des Reiches im Jahre 1900 berechnet sich somit im ganzen auf 20 639 500 + 42 000 + 1000 = 20 682 500 M.

**Bitte prüfgen!** Die „Deutsche Tageszeitung“ benimmt die gestern auch von und behandelten Gesamtzahlen der Kriminalstatistik für 1898 mit Beziehung auf die Zunahme verschiedener Morddelikte dazu, wiederholt die Einführung der körperlichen Prüfung als Strafmittel zu fordern. Dabei hat aber der Schulmeister aus Sachsen verfahren, sich auch auf die erschreckende und unveränderte Zunahme der Duellvergehen zu berufen. Diese stiegen beträchtlich, wie aus den gestern mitgeteilten Zahlen hervorgeht, seit 1893 um 133 Proz. Und Duellanten werden bekanntlich nicht einmal mit dem nach Herrn Oertel so bequemen Gefängnis, sondern mit der fidelem Bestrafung bestraft — geschweige daß Prügel verordnet werden.

**Zwangswelche Flottenchwärmer.** Aus Königsberg i. P. wird uns berichtet: Propaganda für den (Schweiburgischen) Flottenverein macht der Ober-Postdirektor Großkopf bei seinen Untergebenen in einer Weise, gegen die der schärfste Protest am Platze ist.

Großkopf hat an die Vorsteher der Postanstalten in Ostpreußen ein Circular gerichtet, in dem im Eingang ein Aufruf abgedruckt ist, den der kürzlich ins Leben getretene Provinz-Ausschuß des Flottenvereins in den Zeitungen veröffentlicht hat.

Dann heißt es: Wem „des Deutschen Reiches Wohlfahrt, dem wir als Reichsbeamte ja besonders nahe stehen, am Herzen liegt, wird nicht zögern, dem Aufrufe zu folgen“. Da es aber Personen giebt, denen der Aufruf nicht bekannt geworden ist, oder welche den hervortragend patriotischen Zweck desselben nicht ohne weiteres klar zu erkennen vermögen“, hält sich der Herr Ober-Postdirektor Großkopf für verpflichtet, aufklärend zu wirken. Er wendet sich an die Vorsteher der Verkehrsanstalten, damit sie „zunächst den Herren Postbeamten und Unterbeamten den Beitritt zum Verein warm ans Herz legen“, dann aber auch sonst fleißig für die Bildung von Lokalvereinen wirken. Jeder, der mit der Post auch nur etwas in Verbindung kommt, soll für den Flottenverein eingeschrieben werden. Den Postvorstehern sind „für die zugehörigen Postagenturen“ Abdrücke des Circulars zur Verteilung mitgeschickt.

Der Königsberger Ober-Postdirektor will aber nicht abwarten, bis Ortsvereine gegründet werden, denen die Postbeamten beitreten. Er schreibt den Postvorstehern:

„Um deutlich hervortreten zu lassen, daß die deutsche Postbeamtenchaft allzeit daran ist zu des Reiches Herrlichkeit, und da die Gründung von Kreis- und Ortsgruppen voranschreitend noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, empfiehlt es sich, die Beitrittserklärungen gesammelt bei der Geschäftsstelle der Provinz anzumelden.“

Die Vorsteher der Postanstalten haben also Verzeichnisse der Beamten aufzunehmen, die gestellt sind, einige Mark im Jahr, die besonders die schlecht bezahlten Unterbeamten gern für sich oder ihre Familie verwenden würden, für die Flottenpropaganda zu opfern. Herr Großkopf will aber aufschneiden auch selbst sehen, wie groß die Zahl der flottenbegeisterten Postbeamten ist, denn er erwägt, die Beitrittserklärungen unter Angabe des freiwilligen Jahresbeitrages schriftlich entgegenzunehmen und ein Verzeichnis der Beizetretenden

unter Angabe der Amtsbezeichnungen, des Amtesorts und des Jahresbeitrags bis spätestens den 15. Dezember d. J. an ihn selbst einzufenden.

Datiert ist das Schriftstück vom 21. November. —

**Dresden, 5. Dezember. (Landtag.)** Die Zweite Kammer verhandelte heute über einen von der Regierung vorgelegten Gesetzesentwurf, die Krankenversicherung der häuslichen Diensthote n betreffend. Dieser waren in Sachsen nur in 40 städtischen und 7 ländlichen Gemeinden durch lokale Ortsgesetze die häuslichen Diensthote-Krankenkassen ins Leben gerufen worden. In diese lag sich nun der vorliegende Gesetzesentwurf an, was unsern Genossen Frähdorf als langjährigen Sachmann im Krankenassenwesen Anlaß zu witzhafter Kritik bot. Er wies auf die Notwendigkeit möglicher Generalisation, auf die größere Leistungsfähigkeit großer Kassen hin, und empfahl Angliederung an bestehende Gemeindeversicherungen und Kreis-Krankenkassen. Der Antrag gegen die letzteren kam seitens unserer Gegner auch bei der Gelegenheit wieder einmal zum Ausdruck. Ein konservativer Herr, der naturgemäß Rechtsanwal Dr. Stödel-Dresden, wollte unter allen Umständen die Diensthote von dem Einfluß der „Leitung und Tendenz“ der Ortskassen bewahrt wissen. Brauchte dieser Volksvertreter es doch sogar fertig zu behaupten, daß die Diensthote heute in Sachsen völlig gesichert seien gegen Übergriffe der „Herrschaften“, geführt durch die Gesinde-Ordnung. Der Herr wurde sehr treffend von Frähdorf damit abgeführt, daß die Ortskassen die Leitung und Tendenz verfolgen, bei einfacher und billiger Verwaltung den Kranken Mitgliedern möglichst viel zu bieten. Der Hieb sah, niemand wagte es, diese Behauptung zu bestreiten. Mehr oder weniger blieben aber alle gegnerischen Redner samt dem Minister von Meyß in dasselbe Horn: es müssen alle Einrichtungen erhalten und gefördert werden, die nur irgendwie das patriarchalische Verhältnis zwischen Diensthote und Herrschaft aufrecht erhalten. Die von einer Seite bezüglich der Forderung des Entwurfs geltend gemachten juristischen Bedenken suchte der Minister auf die angeblich ganz gleichen Vorgänge in Baden, Württemberg und Braunschweig zu entkräften. Einen Schritt vorwärts gegen den jetzt bestehenden Zustand bedeutet der Entwurf immerhin. Selbst wenn er, ohne daß den Wünschen der sozialdemokratischen Abgeordneten Rechnung getragen wurde — was so gut als sicher ist —, aus der Deputation kommt, werden unsere Vertreter für ihn stimmen können.

**Sachsen-Meiningen.** Dem Landtag ging der Etat von 1900 bis 1902 zu, der vorsieht, daß für je drei Jahre von den Steuerstufen bis zu 900 M. die Einkommensteuer mit zur Erhebung gelangt. Es betrifft dies 21 679 Steuerpflichtige mit einem Einkommen von 600—900 M.; bis 600 M. existierte schon bisher Einkommensteuerfreiheit.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen Majestätsbeleidigung stand die Arbeiterfrau Marie Lissad aus Spandau vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II Berlin. Die Angeklagte wohnte in Spandau in einem Hause, in welchem auch eine Frau Galla und eine Frau Schubert wohnten. Letztere hatte ein künstliches Bein, welches ihr infolge eines Gnadengesuches an den Kaiser geschenkt worden war. Im März d. J. entstand zwischen den Frauen Galla und Lissad einerseits und der Frau Schubert andererseits ein heftiger Streit, und im Verlaufe desselben warfen die erstgenannten beiden Frauen der Schubert in Anspielung an das künstliche Bein Dinge vor, mit denen eine Beleidigung des Kaisers verbunden war. Die Frauen Galla und Lissad wurden deshalb im Monat Juni zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Bezüglich der Frau Lissad gelang es dem Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, in der Revisionsinstanz die Aufhebung des ersten Urteils wegen Beschränkung der Beleidigung zu erwirken. Die Sache wurde an die Vorinstanz zurückgewiesen. Trotz der erweiterten Weidenaufnahme wurde Frau Lissad wieder zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

### Ausland.

#### Oesterreich-Ungarn.

##### Zur Reform des Prechtgesetzes.

**Wien, 6. Dezember.** Der Presse-Ausschuß beschäftigte sich mit der Aufhebung des Kolportageverbots sowie mit den Anträgen betreffend die Reform des Prechtgesetzes. Der Vertreter der Regierung erklärte, die Regierung besahe sich mit der Frage der gesetzlichen Regelung des Kolportagewesens und werde demnächst eine diesbezügliche Vorlage dem Hause unterbreiten. Der Ausschuß nahm mit 9 gegen 8 Stimmen den Antrag auf Vertagung der Verhandlung an, bis das Herrenhaus das Gesetz über die Aufhebung des Zeitungssystems angenommen habe.

**Wien, 6. Dezember.** Im Abgeordnetenhause wurde heute die Vorlage der Regierung betreffend das Budgetprovisorium samt dem Budget für das Jahr 1900 dem Budgetausschuß überwiesen.

**S Haag, 6. Dezember.** In der Zweiten Kammer wurde heute der Antrag Anpper, in welchem es heißt, der Minister des Aeußern habe gelegentlich der Friedenskonferenz nicht alles zu Gunsten der süd-afrikanischen Republiken getan, was hätte getan werden können, mit 71 gegen 21 Stimmen abgelehnt, nachdem von der Regierung erklärt worden war, daß die Annahme des Antrages ein Mißtrauensvotum bedeute.

### Parlamentarisches.

**Dem Bundesrat** ist der Entwurf einer Verordnung zugegangen über Beschränkungen der Einfuhr wegen Pestgefahr.

Auf der Tagesordnung der morgigen Plenarsitzung des Bundesrats steht außer der vom Reichstage angenommenen Novelle zum Postgesetz und der Verordnung über Beschränkungen der Einfuhr wegen Pestgefahr auch die vom Reichstage vor der Vertagung beschlossene Resolution, betreffend die Entschädigung von solchen Personen, welche mit Unrecht Untersuchungshaft zu erleiden hatten.

In der heutigen Sitzung der **Petitionskommission** des Reichstags standen mehrere Petitionen von allgemeinem Interesse zur Verhandlung. Eine Petition, betr. den Schutz von Photographien gegen unbefugte Nachbildung, wurde der Regierung zur Erwägung überwiesen, nachdem der Regierungskommissar, Geh. Oberregierungsrat Hanf, erklärt hatte, daß der Entwurf eines Gesetzes über das Urheberrecht im Reichsjustizamt demnächst fertiggestellt sei und demnächst dem Bundesrat zugehen werde und ein neues Photographiegesetz für die nächste Session ausgearbeitet werden solle. Eine große Zahl von Petitionen, welche durch die Abgeordneten von Hertling, Bader, Hänsle und Hoffmann-Pall überreicht worden sind, betrifft den **Schutz der Vögel**. Der Regierungsvizepräsident, Assessor v. Starck, teilte mit, daß zur Zeit internationale Verhandlungen schweben wegen einer Vogelschutz-Konvention mit andern europäischen Staaten. Die Verhandlungen seien soweit gefördert, daß in absehbarer Zeit ein Resultat zu erwarten sei. Mehrere Redner bezeichneten die Sache als dringlich und wiesen auf die Schädigung des Obstbaues hin, die eine Folge der Abnahme der das Ungeziefer verzehrenden Vögel sei, auf die Grausamkeit des Vogelmordes in Italien, auf die Verwendung lebender Wachteln nach England usw. Die Petition wurde schließlich der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Ueber eine Petition, betr. die **kommunale Besteuerung der Konsumvereine** in Sachsen, beschloß die Kommission schriftlichen Bericht an das Plenum durch Abg. Thiele erlassen zu lassen, im übrigen aber Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen, da es sich nach den Ausführungen des Geh. Regierungsrats Werner um ein landesgesetzliches Vorgehen handle, welches mit der Reichs-Gesetz-

gebung nicht kollidiere. — Eine Petition um **Regelung der Rechtsverhältnisse der Rechtsanwaltsgehilfen** wurde für erledigt erklärt durch eine vom Plenum des Reichstags angenommene Resolution, welche — bei der zweiten Beratung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle — die reichsgerichtliche Regelung der bezüglichen Verhältnisse befürwortete. — Eine Petition, betreffend **Zoll auf Maschinen** für die Buchdruckindustrie, wird angehts der bevorstehenden Revision des Posttarifs dem Reichskanzler als Material überwiesen, die Petition eines Dr. Wollny, um Ablehnung der **Flottenberechnung und Verankerung der Kolonien**, wird der Budgetkommission überwiesen. Eine längere Diskussion knüpft sich an eine Petition um **Wiedereinführung der Prügelstrafe**. Der Regierungsvizepräsident Geheimrat v. Tschendorff kam eine bestimmte Erklärung über die Stellung der Regierung zu der Frage nicht abgeben. Die Petition wird von Rednern der Konservativen, der Reformpartei und des Centrums befürwortet, die eine Verschärfung der Strafen für Hochverbrechen fordern. Dagegen erklärten sich die Vertreter der Nationalliberalen, der Freisinnigen und der Sozialdemokraten. Nachdem der Antrag auf Uebergang der Petition als Material mit 8 gegen 11 Stimmen abgelehnt ist, wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

### Partei-Nachrichten.

**Gemeindefwahlen.** In Fürth haben unsere Parteigenossen eine gemeinsame Liste mit den Demokraten aufgestellt und sowohl bei der Hauptwahl wie bei der Wahl der Erasmänner von 12 Bezirken in 11 die Mehrheit erlangt. Es wurden gewählt bei der Hauptwahl 5 Sozialdemokraten und 6 Demokraten, bei der Erasmännerwahl 6 Sozialdemokraten und 5 Demokraten. Das Gemeindefollegium in Fürth besteht nun aus 15 Demokraten, 13 Sozialdemokraten, 6 Freisinnigen und 1 uns nahestehenden Herrn, der sich keiner Partei angeschlossen hat. Da das Gemeindefollegium auch die Magistratsräte zu wählen hat, werden auch zu diesen Funktionen Parteigenossen berufen werden.

Bei den Stichwahlen in Königsberg i. Pr. ist Genosse Roste als einziger Sozialdemokrat gewählt worden. In den übrigen Bezirken, in denen zu den Stichwahlen gearbeitet wurde, nahm die sozialdemokratische Stimmzahl gegen die Hauptwahl abemals ganz bedeutend zu. Die Wahlbeteiligung war eine außerordentlich rege. Bemerkenswert ist, daß auf die Beamten ein scharfer Druck ausgeübt wurde, für die liberalen Kandidaten zu stimmen, mit denen unsere Genossen in Stichwahl standen. Eine ganze Anzahl von Unterbeamten machten kein Hehl daraus, daß man ihnen in aller Form zur Pflicht gemacht hatte, zur Wahl zu gehen. Nur den Stimmen der scharfweisend antrückenden Beamten haben die freisinnigen Kandidaten noch einmal den Sieg verdankt.

Bei der Stichwahl in Rathenow, wo zwischen den Genossen Trübschler und Bode zu entscheiden war, wurde der erste gewählt. In Bischofsgrün (Oberfranken) wurden 5 Genossen in den Gemeinderat gewählt. Je ein Sozialdemokrat wurde gewählt in Gaisburg und Waldrennau (Württemberg).

In der schwedischen Stadt Beseeraas ist ein Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt worden, ein Eisenarbeiter Victor Larsson. Er bekam 3383 Stimmen. Es giebt in Schweden nur noch 2 sozialdemokratische Gemeinderäte: in Helsingborg und Sundswall.

**Ein Fingerzeig für unsere Landagitation.** Ein thüringisches Amtsblattchen, Dorfzeitung genannt, schreibt:

„Rassenhaft wird seit einiger Zeit unter der Landbevölkerung Thüringens ein sozialdemokratischer Volkskalender für 1900 verbreitet. Ueberaus gerühmt ist diese sozialdemokratische Tat. Für den Bauern ist der Kalender oft die einzige Lektüre, der er sich gewissenhaft widmet. Der Kalender wird genau durchstudiert und wird das ganze Jahr über sorgfältig aufbewahrt. Bei der Sparfamkeit, die dem Bauer innewohnt, wird er, sobald er unentgeltlich in den Besitz eines solchen sozialdemokratischen Kalenders gekommen ist, auf den Kauf seines bisher stets angeschafften Haus- und Familienkalenders verzichtet. Geht es ihm in der Wahl des sozialdemokratischen Kalenders zusammengestellt. Da er speziell für den Bauern bestimmt ist — „Thüringer Landbote“ nennt er sich — so findet man darin den hundertjährigen Kalender, Ratsschlüsse in landwirtschaftlichen Angelegenheiten, als: Wie schützt sich der Landmann vor Futternot, Aufbewahren des Honigs, endlich Ratgeber bei einwirkenden Unglücksfällen, Portotarif usw. Zwischen diesen genannten Artikeln sind die sozialdemokratischen Sprüche eingestreut, die speziell auf die Landbevölkerung passend zugefügt sind. Man kann es offen aussprechen, daß dieser sozialdemokratische Kalender eine große Gefahr für unsere größtenteils der Sozialdemokratie jetzt noch abgeneigte Landbevölkerung ist.“

**Eine Kreisversammlung für den Wahlkreis Darmstadt-Groß-Geran** tagte in Darmstadt. Es wurde berichtet, daß der Kreisorganisation 1100 zahlende Mitglieder angehören. Die Jahreseinnahme betrug 1234 M. Versammlungen wurden 106 abgehalten und 46 000 Flugblätter verteilt. Die Agitationskommission erhielt den Auftrag, Unterlagen für die Möglichkeit der Gründung einer eigenen Zeitung für den Kreis zu beschaffen. Die Gründung eines Arbeiterssekretariats in Darmstadt wurde gutgeheißen.

### Unternehmer- und Arbeiterschutz im Submissionsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung.

Der Ausschuß zur Vorbereitung einheitlicher Submissionsbedingungen hat, wie bereits mitgeteilt, seine Arbeiten beendet und wird das Ergebnis derselben der Stadtverordneten-Versammlung in ihrer nächsten Sitzung vorlegen. Wir sind bereits mehrfach auf die Verhandlungen dieses Ausschusses eingegangen, können es aber uns nicht verlagern, auch aus dem offiziellen Kommissionsbericht hier noch einige charakteristische Einzelheiten wiederzugeben. Zunächst zeigt auch dieser Ausschuß, mit welcher Schnelligkeit und Gründlichkeit unsere städtische Verwaltung arbeitet. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß die Einsetzung eines solchen Ausschusses am 13. Januar 1898, und überwies demselben am 8. September desselben Jahres das vom Magistrat auf Erfordern eingereichte Material. Am 16. Mai 1899 — also 1 Jahr 4 Monate nach Einsetzung des Ausschusses — sollte dann die erste Sitzung stattfinden, es konnte jedoch wegen Verschiedenheit nicht verhandelt werden. Der Ausschuß trat somit wirklich erst am 26. September d. J. — also abemals 4 Monate später — zusammen, und bestimmte die Zeit für notwendig erachtete Sitzung auf den 10. Oktober an; dieser Termin wurde — Gründe sind aus dem Berichte nicht ersichtlich — nicht innegehalten, sondern die zweite und letzte Sitzung fand erst am 21. November 1899 statt.

Material kann man das Urteil über die Ausschussverhandlungen, soweit der Bericht davon Kenntnis giebt, dahin zusammenfassen, daß ein Unternehmerkongress, der über die seinen Interessen entsprechende Regelung des Submissionswesens beraten würde, in seinen Verhandlungen und Beschlüssen wohl kaum zu wesentlich anderen Ergebnissen kommen könnte, als dieser von der Vertretung der „Bürger-schaft“ eingesetzte Ausschuß.

Das gilt zunächst von dem Verhalten gegenüber den Anträgen, welche bezwecken, die Interessen der Arbeiter zu schützen, die im Dienste von Submissions-Unternehmern stehen. Wir haben bereits früher mitgeteilt, daß sowohl die Anträge unserer Genossen als die des freisinnigen Stadtverordneten Goldschmidt — dahingehend, daß von den Unternehmern Gewerkschafts- bzw. Tarifgemeinschaftliche gefordert werden sollten — vor den Augen des Ausschusses keine Gnade fanden. Aber die Begründung dieser Ablehnung ist so lösslich, daß wir uns nicht verlagern können, den Lesern des „Vorwärts“ wenigstens einige dieser Punkte mancherlicher Deut- und Redeweise vorzuführen. Die Stadtgemeinde müsse, so führte man aus, es grundsätzlich vermeiden, sich in die Verhältnisse der Unternehmer und ihrer Arbeiter einzumischen oder durch

derartige Bestimmungen in das freie Verfügungsrecht einzugreifen". Der Unternehmer sei mit seinem Vermögen verantwortlich, das auszuführen, was er kontraktlich versprochen habe und müsse konventionell zahlen, wenn er die Bestimmungen verletze. Die Arbeiterkraft könne eine derartige Verpflichtung nicht, sie stehe der Behörde und dem Unternehmer völlig frei gegenüber. Unter diesen Umständen ergebe es sich nicht zulässig, für sie eine einseitige Begünstigung zu statuieren. Im übrigen bedürfe sie auch keines besonderen Schutzes, da sie sich selbst zu helfen und zu schützen wisse.

Also die Weisheit des Submissions-Ausschusses, die vielleicht sogar dem Grafen Pofadowsky ein bedenkliches Kopfschütteln entlockt hätte. Der Hunger ist also keine ausreichende „Konventionalltrafe“ für den Arbeiter, und auch das ist nicht zur Kenntnis des Ausschusses gelangt, daß der Arbeiter nicht allein der Behörde und dem Unternehmer völlig frei gegenüber steht, sondern ebenso „völlig frei“ dem Geld und der Not ausgesetzt ist, sobald er seine Arbeit niederlegt. Sollte da nicht doch die Notwendigkeit eines besonderen Schutzes anerkennen sein?

Nebenbei wurde dann noch der Einwand erhoben, daß es eine schreiende Ungerechtigkeit den Unternehmern gegenüber sei, wenn sie verpflichtet sein sollen, Löhne zu entrichten, deren Höhe ihnen bei den Abschlüssen des Submissionsvertrages noch nicht bekannt sein konnte. Das trifft natürlich auf „Gewerkschaftslöhne“ in der großen Mehrzahl der Fälle nicht zu, da ja auch die Gewerkschaften ihre Lohnforderungen nicht beliebig oft erhöhen; und die Forderung der „Tarifgemeinschaftslöhne“ kann gewiss so nicht dem Kampf werden, da in den Tarifvereinbarungen stets auch eine längere Kündigungsfrist vorgezogen ist.

Aber in das rechte Licht gerückt wird das Verhalten gegenüber diesen Forderungen zum Schutze der Arbeiter doch erst durch das liebevolle Interesse, welches die Kommission den notleidenden Submissionsunternehmern entgegenbrachte. Besonders wurde geltend gemacht, daß die zur Zeit gültigen Submissionsbedingungen Bestimmungen enthalten, welche eine besondere Härte gegen die Unternehmer involvieren (darstellen) und der Bürde der Stadtgemeinde nicht entsprechen. Als Beispiel dafür wurde angeführt, daß in einigen Submissionsbedingungen ein „Eonto (Zugung) von 3 Proz. für Verzugszahlung bedungen sei und in einem anderen Falle der Unternehmer sogar verpflichtet werde, die entstandenen Injektionskosten der Stadtgemeinde zu erstatten. Ein derartiges Vorgehen könne unmöglich gebilligt werden.“ Diese fittliche Enttäuschung ist doch wahrlich recht wenig an der Stelle. Die betreffenden Unternehmer stehen ja vor ihrer Bewerbung „der Behörde völlig frei gegenüber“, sie mögen sich die Bedingungen überlegen, wenn sie damit nicht zurecht kommen können, von einem Gebote absehen. „Eines besonderen Schutzes“ gegen solche Bedingungen bedürfen sie keineswegs. Dies um so weniger, als anscheinend ja auch die Verwaltungsbehörden der Unternehmern diejenige Rücksicht entgegenbringen, welche denselben in der heutigen Gesellschaft „von Rechts wegen“ gebührt. Wenigstens konnte der Magistratsvertreter hervorheben, daß die Festsetzung von Konventionallöhnen gegen die Unternehmer in der städtischen Verwaltung zu den Seltenheiten gehöre.

Geradezu rühmend muß es aber wirken, daß der Ausschuss auch der Frage seine Aufmerksamkeit zuwandte, wie dem Hebelstange des oft kolossalen Unterdrückens der Unternehmer im Submissionsverfahren wirksam begegnet werden könnte. Also: der Arbeiter bedarf keines besonderen Schutzes gegen die „oft kolossalen“ Unterdrückungen des von ihm geforderten Preises für seine Arbeit, der Unternehmer aber soll eines solchen Schutzes teilhaftig werden. Wir sind gewiss die letzten, die eine Submissionskonkurrenz billigen, denn gerade auf die Arbeitslöhne drückt sie immer zuerst die Unternehmer, welche bei Submissionen zu niedrigen Geboten abgeben. Aber dagegen darf sich eine Verwaltung, die gerecht vorgehen will, eben nur durch Aufnahme der „anscheinend kolossal“ schützenden, wie es unsere Anträge bezweckten. Der Standpunkt, den die Kommission in dieser Frage einnahm, er bedeutet die einseitige Vertretung des Massenstandpunktes der Bourgeoisie.

Damit ist die Stellung des Ausschusses wohl zur Genüge gekennzeichnet. Sie war im übrigen eine durchaus konsequente und folgerichtige, insofern alle Anträge, die den Schutz der Arbeiter bezweckten — z. B. auch der rein hygienische Antrag, welcher die Errichtung von Bauhütten und gesundheitsgemäßen Aborten fordert — von einer erdrückenden Mehrheit abgelehnt wurden. Annahme von solchen Anträgen, welche „besondere Härten“ gegen die Unternehmer aus den Submissionsbedingungen beseitigen sollten. Und so legt denn der Ausschuss der Stadtvorordneten-Versammlung eine Gruppe von Anträgen zum Beschlusse vor, von denen nicht ein einziger für die Stadt ein Interesse hat, sondern die ausschließlich für das Unternehmertum von Wert sind.

## Der französische Einigungskongress.

Paris, 4. Dezember.

Dritte Sitzung. Abend.

Kortlegung der Debatte über: **Klassenkampf und Erlangung der politischen Macht.**

Beginn der Sitzung 8 1/2 Uhr.

**Lindere (Guesdist):** Die Ministerfrage wäre leicht zu lösen, wenn nicht Leidenschaftlichkeiten überaus achtungswerter Natur dazwischen träten. Vom Gesichtspunkt des fühligen Verständnisses könne ein Sozialist nicht Mitglied eines Bourgeois-Ministeriums sein. Jeder Minister sei für die Gesamttätigkeit des Ministeriums verantwortlich. (Beifall.) Die von Jaurès vorausgesetzten Bedingungen machten den Eintritt eines Sozialisten ins Ministerium unmöglich. Keine Bourgeoisregierung würde sich den Bedingungen der sozialistischen Partei fügen. (Beifall.)

**Albert Richard (Allemanist)** machte keinen Unterschied zwischen Mehrheit und Minderheit des Kongresses. Beide seien ihm gleich invidios. Die Frage müsse vom Standpunkte der Abschaffung der verschiedenen sozialistischen Aktionsmethoden beurteilt werden. Das Proletariat beteilige sich an der Politik, um zu protestieren und seine Forderungen durchzusetzen. Aber letzteres könne nur in dem Maße geschehen, wie die Kraft des Proletariats sich überlegen erweist. Die politische Macht könne erobert werden nur dann, wenn die wirtschaftliche Entwicklung dem Proletariat die Hebelmöglichkeit verschafft habe. Ueberhaupt sei die politische Aktion von bedingtem Wert, wichtiger sei die wirtschaftliche Agitation und Organisation. Ein sozialistischer Minister in der Bourgeoisgesellschaft verleihe die Ordnung, die wir zerstören wollen. (Beifall.) Weiter empfiehlt Richard den Generalstreik. (Zweifelnder Beifall.) Die politische Aktion solle nicht die wirtschaftliche in den Hintergrund drängen. Die Hauptsache sei die Organisation. Außerhalb des organisierten Proletariats gebe es keine Sozialisten. (Wiederholte Beifallskläben.)

**Lafitte (Blanquist)** protestiert im Namen seiner Gruppe gegen den Eintritt eines Sozialisten ins Ministerium. Jaurès habe das Gespenst der Reaktion angerufen, ein Sozialist könne die Republik nur auf den Barrikaden verteidigen, wie Vandin 1851, nicht aber im Ministerium. (Beifall.)

**Fabérot (Allemanist):** Der Klassenkampf! Seit langem habe das Proletariat vergebens auf dessen Verwirklichung. Die Arbeiter hätten sich von allen Politikern abgewendet. (Beifall.) Der Einfluß der Individualitäten müsse zerstört werden. Er ließe die Ehrgeizigen nicht. Die anonyme Kollektivmacht der sog. Partei solle herrschen. (Beifall.) Wir (Allemanisten) sind gegen den Eintritt eines Sozialisten ins Ministerium, aber warum? Weil der Vortreffliche uns nicht angehört. (Beifall.) Dagegen billigt er Jaurès' Resolution, die der Partei die Entscheidung überlasse und die Individualitäten zurückdränge. „Wir wollen keine Beschäftigten! Einigen wir uns und wir werden eine Macht.“ (Beifall.)

**Vaillant** wird, als er die Tribüne bestiegt, eine Ovation bereitet. (Rufe: „Hoch die Kommune!“) Die Frage sei eine Prinzipienfrage erster Wichtigkeit. Der Kongress sei durch dieselbe verursacht.

Vor einigen Jahren wäre der ganze Streit unmöglich gewesen. Aber seitdem die sozialistische Partei von einer Art „Radikalismus“ (im französischen parteipolitischen Sinne: Kleinbürgerlichkeit) ... Redner wird festig unterbrochen. Der Vorsitzende mahnt zur Ruhe, denn sonst würden auch die Redner der anderen Richtung nicht sprechen können.

Nach Wiederherstellung der Ruhe führt **Vaillant** aus: Je mehr der Sozialismus erstarrt, desto klarer wurde der Begriff des Klassenkampfes. Sollen wir nun zur alten Konfusion zurückkehren, die den Unterschied zwischen Sozialisten und Nichtsozialisten verwischt? Ein sozialistischer Minister ist unmöglich, weil er notwendig an den reaktionären Thaten der Regierung teilnimmt, an der Verstaatlichung von Streikenden durch Polizei und Armees, an der Aufrechterhaltung des Kreditsbudget usw. Die Arbeiter würden dadurch jeden Glauben an den Sozialismus verlieren. (Beifall.) So gut die Absichten des sozialistischen Ministers sein mögen, er ist gezwungen zu thun das, was er nicht will. Insezer Reformfähigkeit besteht darin, die Reformen durch die Macht des Proletariats zu erzwingen, nicht, wie Jaurès meinte, um reformerische Minister aus anderen Reihen zu liefern, deren gute Handlungen durch die Gesamtpolitik des Ministeriums vernichtet würden.

Daher unsere **Resolution**: In einer revolutionären Periode ist es die Pflicht der sozialdemokratischen Partei, die Macht zu ergreifen, um die Diktatur des Proletariats einzurichten. In einer kapitalistischen Periode ist der Eintritt eines Sozialdemokraten ins Ministerium unter allen Umständen unzulässig. (Großer Beifall.)

**Revelin (Unabhängiger revolut. Richtung):** Ueber den Grundsat des Klassenkampfes sind wir alle einverstanden. Wir müssen eine Klassenpartei sein, die zugleich politisch wie gewerkschaftlich organisiert ist. Keine Kompromisse! Aber dann auch keine mit den losverbundenen Boeren. (Zweifelnder Beifall.) Ebenso müsse die Partei alles kontrollieren, insbesondere auch die Abgeordneten. (Beifall.) Ist die Partei fest organisiert, dann könne ein Sozialist sich an der Regierung beteiligen, aber nur in ausnahmstweissen Situationen, wo die Rechte der Arbeiter bedroht sind. Denken wir, wie hart die deutschen und russischen Sozialisten um das Koalitionsrecht und andere Freiheiten kämpfen müssen ... Zum Schluss betont Richard die Wichtigkeit des kritischen Geistes. Die Theorie ist doch eine Macht, die vor der doktrinarischen Erstarrung bewahrt. (Beifall.)

**Carnaud, Abgeordneter und Mitglied der guesdistischen Arbeiterpartei,** spricht im gleichen Sinne wie Revelin für den Eintritt eines Sozialisten ins Ministerium und stellt sich sodann auf den Boden der **Jaurès'schen Resolution.** Die Resolution Vaillants wäre ebenso eine Gefahr für die Partei, wie die bedingungslose Verabingung der Ministerfrage. „Ich verteidige die alte Taktik der Arbeiterpartei ...“ (Stille Zwischenrufe der Guesdisten: „Demission! Demission!“ Umrufe.) Redner fordert die Unterdrückenden auf, ihre Differenzen mit ihm außerhalb des Gesamtkongresses zu erledigen. ... Bleiben wir auf dem Boden des Beschlosses unseres Kongresses von Epemay, der den Eintritt eines Sozialisten ins Ministerium in gewissen Fällen als möglich zuliebt. Ich gebe nicht so weit wie Liebknecht, der gesagt hat, die Taktik könne alle 24 Stunden geändert werden, aber wir müssen die Taktik jedesmal ändern, wenn die Entwicklung es erfordert. Beipflichten wir der Partei neue Wege nicht durch eine absolute Resolution. Der Beschluß von Epemay überläßt dem Parteivorstand die Entscheidung einer eventuellen Ministerfrage. Desto eher ist Jaurès' Resolution annehmbar, welche der Gesamtpartei die Entscheidung anheimgibt. Redner wendet sich gegen Vaillants' Geringschätzung der zum Sozialismus neubefehrten ehemaligen bürgerlichen Radikalen. Sobald sie unser Programm angenommen, gehören sie zu uns, ungeachtet der taktischen Zugeständnisse, die wir ihnen vielleicht zuweilen machen müssen. (Widerbrüll.) Vor allem ist organisatorische Einigung nötig. Ich beschwöre die Delegierten, nicht auseinanderzugehen, bis die Einigung verwirklicht ist.“ (Großer Beifall.)

**Guyot (Blanquist)** spricht im Sinne Vaillants. Auch die sozialrevolutionäre Partei ist für die Einigung, aber vorher müssen die grundsätzlichen Bedingungen derselben bestimmt werden. Seit Mitterands Ministerkandidatur wird es versucht, die revolutionäre Aktion einzudämmen. (Stürmischer Beifall.) Ich spreche als Arbeiter, der ich bin. Die Ministerfrage bedeutet die Frage der sozialen Revolution und nicht eine Personalfrage. (Stürmischer Beifall.)

**Jouillont (Blanquist)** vertritt gleichfalls den Standpunkt Vaillants.

**Lafargue (Mitglied der guesdistischen Parteileitung),** mit Beifall begründet die „neue Aktionsmethode“. Bleiben wir bei der alten Methode von Marx. Die neubefehrten Sozialisten wollen die wachsende Kraft des Sozialismus ausbeuten. (Demonstrativer Beifall und heftiger Widerspruch. Umrufe.) Die neuen Redner sind nicht zu uns gekommen, als wir nur nach Hindernissen suchten. Jaurès sagte, wir alten Sozialisten seien verbohrt (encroûtés), müßige und unfähige Leute (Proteste und Rufe: „Hoch Jaurès!“)

**Jaurès** läßt durch den Vorsitzenden erklären, er habe die von Lafargue ihm zugeschriebenen Worte nicht gesprochen.

**Lafargue** fährt fort: Es giebt noch eine weitere „neue Aktionsmethode“ außer der Ministerfrage, die Anpreisung der Genossenschaft, die ebenfalls zu verwerten ist. (Beifall und Widerspruch seitens der Gewerkschaftsdelegierten.) Schon einmal hat man mit Sozialisten die Bourgeoisgewalt geteilt: im Jahre 1848 mit Louis Blanc und dem Arbeiter Albert, aber zum Zweck, den Sozialismus einzuschlafen und mit dem Jungemerkel als Resultat. Ich verkenne nicht, daß die Situation seitdem sich geändert hat, weil der Sozialismus erstarrt ist. Und nur als Zeugnis für die Erstarrung des Sozialismus habe ich die propagandistische Wichtigkeit des Mitterand'schen Eintritts anerkannt, ebenso wie den Appell an das Volk, auf der Straße für die Republik zu demonstrieren. Die Unabhängigen werfen und vor, nicht gegen Gott zu kämpfen. Der Kampf gegen den Aberglauben ist nur dazu da, das Proletariat vom Kampfe gegen den wahren Feind, das Kapital, abzuwenden. Redner, in heftigen Wendungen, spricht, wird häufig unterbrochen. Man ruft ihm zu: „Und die Allianzen der Guesdisten von Vordanz mit den Merkantil-Ponarchisten. Gegenrufe der Guesdisten: „Gallifrei! Gal-lif-frei!“

**Lafargue** anerkennt Jaurès' große Verdienste um den Sozialismus, aber durch seine Billigung Mitterands sei er in eine Stellung geraten, die ihn „verurteilt“ („il se trouve condamné“). (Beifall. Stürmische Proteste. Anbauernde Ovation für Jaurès. Der Vorsitzende bedauert im Namen des Bureau den Ausbruch Lafargues.

Nach Wiederherstellung der Ruhe verliest der Vorsitzende eine Resolution, worin der Kongress den gegen den Despotismus kämpfenden russischen Sozialisten seinen Beifall entbietet. Angenommen per Acclamation.

Die Debatte wird nun unterbrochen, um das Votum über die Zusammenlegung der Resolutionskommission vorzunehmen. Die Art des Votums (nach Köpfen oder nach Mandaten) wird umstritten. Das Bureau entscheidet mit Mehrheit, nach Köpfen zu votieren. Aber Guesdisten und Blanquisten weigern sich, an der Abstimmung teilzunehmen, da sie die Frage für wichtig genug halten, um das Votum nach Mandaten zu verlangen. Die Enthaltung der zwei Oppositionen, in Verbindung mit der herrschenden Umrufe ergibt eine ungenügende Zahl von niedergelegten Stimmzetteln. Das Bureau beschließt daher die Wiederholung des Votums in der nächsten Sitzung.

Die Sitzung schließt um Mitternacht unter allgemeiner Umrufe.

**Wir tragen den Wortlaut der Resolutionen Jaurès' und Vaillants**

**Jaurès' Resolution** lautet: „Der Kongress erklärt, daß das Proletariat insbesondere dadurch streben muß, denjenigen Teil der öffentlichen Macht in der Gemeinde, im Departement und im Staat zu erobern, der direkt von der Wahl abhängt. Er warnt die Arbeiterklasse vor den Illusionen, die durch die Beteiligung eines Sozialisten an einem Bourgeois-Ministerium hervorgerufen werden könnten, da diese partielle Union notwendig eingeeignet und beherricht ist durch die allgemeinen Gesetze des kapitalistischen Systems und durch die

wesentlichen Interessen der Bourgeoisie, die nur der totalen politischen und ökonomischen Expropriation weichen können.

Der Kongress erklärt zugleich, daß es Fälle giebt, wo die Beteiligung eines Sozialisten an der Bourgeoisgewalt geprüft werden kann, — sei es, wenn eine schwere Krise die politischen Freiheiten bedroht, die die wesentliche Bedingung der proletarischen Bewegung sind, wobei die direkte Mitwirkung des Proletariats im Kampfe gegen die Reaktion notwendig oder möglich ist; sei es, wenn die Agitation und die Aktion der sozialdemokratischen Partei eine wichtige Reform, wie den Achtstundentag, die Alterspensionen für ländliche und industrielle Arbeiter oder auch die Erziehung des stehenden Heeres durch die Volksmiliz zur Reife gebracht haben. Der Kongress erklärt, daß es dem Vorteil der Partei dienen kann, ihr eigenes governmentales Gepräge der von ihr vorbereiteten und erzwungenen Reform aufzubringen.

Der Kongress erklärt ferner, daß der sozialistische Vertreter an der Regierung teilnehmen kann nur im formellen Einverständnis der Partei, für ein Werk und unter Bedingungen, die von der Partei bestimmt sind, soll anders diese Teilnahme einen Klassencharakter bewahren und sich der allgemeinen Aktion des Proletariats anschließen. Außerdem ist es notwendig, daß der ins Ministerium Delegierte über sein ministerielles Mandat persönlich vor dem allgemeinen Kongress der organisierten Partei Rechenschaft ablegt.“

**Vaillants' Resolution** lautet:

„In der revolutionären Periode ist es die Pflicht der Partei, sich der politischen Gewalt zu bemächtigen und nach Maßgabe des Möglichen die unpersonliche Diktatur der Arbeiterklasse zu verwirklichen zum Zweck ihrer Emanzipation.“

„Im kapitalistischen Regime kann die Partei ihrer sozialistisch-revolutionären Politik, Doktrin, sowie dem Grundsat des Klassenkampfes nur dann treu bleiben, wenn sie in der Opposition gegen die Bourgeoispartei, die Centralgewalt, die Gewalt der Bourgeoisie, verharrt, wenn sie eine Revolutionspartei ist und bleibt.“

„Die erwählten Genossen, von der Partei in die Gemeinderäte und ins Parlament entsandt beñufs dieser proletarisch-sozialistischen Oppositions- und Revolutionspolitik dürfen alle Wahlfächer annehmen.“

„Kein Parteimitglied darf einen ministeriellen Posten annehmen, irgendwie sich an der Centralgewalt des bourgeois Kapitalismus beteiligen, ohne dadurch als aus der Partei ausgeschloffen betrachtet zu werden.“

„Alle Agitations- und Aktionsmittel müssen von der sozialistischen Partei angewendet werden: wirtschaftliche Aktionen, Wahl- und revolutionäre Aktionen, Streiks, Generalstreiks, Vorkämpf usw.“

## Vierte Sitzung. Nachmittags.

Paris, 5. Dezember.

Beginn der Sitzung um 2 1/2 Uhr.

Tagesspräsident Abgeordneter **Grouffier**, Vertreter der „Kommunistischen Alliance“, die mit den Blanquisten zusammenschließt. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß Walter seinen Antrag betr. proportionale Vertretung in der Resolutionskommission im Interesse der Verjüngung zurückgezogen hat und in Uebereinstimmung mit Jaurès folgenden Antrag stellt: Jede Organisation ist mindestens durch drei Mitglieder in der Kommission vertreten, für je 50 Mandate wird ein weiterer Vertreter gewählt.“

Die Gewerkschaften, Genossenschaften und die departementalen Föderationen verlangen, ebenfalls in der Kommission vertreten zu sein.

Der Antrag **Walter-Jaurès** wird einstimmig angenommen. Ein Begründungsschreiben von russischen Sozialisten wird verlesen. Die Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung wird fortgesetzt.

**Jéness**, Mitglied der guesdistischen Parteileitung, bekämpft den Standpunkt, der die Befegung etwaiger Ministerposten der Eroberung von Parlamenten gleichsetzt. Im Parlament haben die Sozialisten alle bürgerlichen Parteien zu bekämpfen (Beifall), während ein sozialistischer Minister alle Handlungen seiner Bourgeoiskollegen verteidigen muß. (Stürmischer Beifall.) **Willebrand** hat mit einem **Galliffrei** gemeinsame Sache gemacht. (Stürmischer Beifall.) **Abg. Carnaud**, der gestern im Namen unserer Arbeiterpartei (sprach) zu dürfen geglaubt, ist im Kongress auf den Väulen der Unabhängigen. (Rufe der Guesdisten: „Demission! Demission!“ Umrufe.) **Carnaud** ruft: „Ich vertrete hier die Föderation des Poches du Rhône-Departements (Marseiller). Infolge des Prinzips der ministeriellen Solidarität muß der sozialistische Minister die schlimmsten Handlungen seiner Kollegen decken, wodurch die ganze Aktion der Partei gelähmt wird. Jaurès sagte gestern, man dürfe nicht die Partei in Reformen und Revolutionäre spalten. Aber sind es denn wir revolutionäre Sozialisten, die diese Spaltung verursacht haben? (Widerbrüllender Beifall.) Das Entschieden der gemäßigten Richtung hat die Spaltung verursacht. Hat denn Mitterand nicht vor wenigen Tagen noch erklärt, die Pflicht der Sozialisten sei die Aktion vor dem Gesetz? Hat er nicht schon 1898 in der Programmrede von Saint-Mandé die revolutionäre Aktion als eine lächerliche Idee bezeichnet? Wir Revolutionäre sind aber deswegen doch nicht gegen praktische Thätigkeit, die wir seit 25 Jahren zur Förderung der proletarischen Organisation betrieben. Man muß zwischen dem Weg zum Ministerium und dem Weg zur Revolution wählen. (Langdauernder Beifall.)

**Abg. Léang (Blanquist)** warnt davor, den Grundsat des Klassenkampfes parlamentarischen Erwägungen zu opfern. Wir in der Provinz verlangen die Einigung hoch und laut, aber unter Wahrung der Prinzipien. Infolge der Mitterand'schen Ministerfrage zwingt man den Sozialisten prinzipienwidrige Abstimmungen im Parlament auf, unter dem Vorwand, den Nationalisten nicht in die Hände zu arbeiten. Lächerlicher Vorwand, der vom Volke nicht begriffen wird! Ich bin ins Parlament gewählt, um alle Bourgeoispartei zu bekämpfen und nicht dazu, um Gesetze zu machen, und noch weniger dazu, Ministerien zu unterstützen. **Waldeck-Rousseau** hat eine schlaue Rechnung gemacht, indem er Mitterand ins Ministerium berief, um so diesen besten parlamentarischen Taktiker unserer Partei zu kompromittieren, und mit ihm seine nächsten Feinde. Es ist wahr, Mitterand hat als Handelsminister der Arbeiterklasse gute Dienste geleistet. Dennoch sagt man in der Provinz, daß Mitterand den revolutionären Sozialismus verleugnet. Rufe er es doch zulassen, daß seine Ministerkollegen gegen Streikende Polizei und Militär anführen. Koch ein Opfer, wie dasjenige Mitterands, und die sozialdemokratische Partei ist verloren. (Beifall.)

**Abg. Viviani**, gemäßigter Unabhängiger, Mitterands Freund, will in milderer Tone sprechen. Er erinnert an seine agitatorische Thätigkeit zu Gunsten der Kandidaturen von Guesde und Vaillant, welche letzterer auch die rednerische Unterstützung des Unabkömmlichen **Célestin** angenommen habe. (Beifall bei den Unabhängigen.) Es giebt einen Unterschied zwischen parlamentarischen, bürgermeisterlichen und ministeriellen Posten. Auch die sozialistischen Bürgermeister müssen manche antisozialistischen Handlungen geschehen lassen. Der Klassenkampf darf uns nicht hindern, zwischen den Demokraten und reaktionären Bourgeoispartei zu wählen. Léang hat von Polizei-Aufgeboten gegen Streikende gesprochen. Hat er denn vergessen, daß in Creuzot 10000 Arbeiter die Straßen Tag für Tag füllten, ohne der mindesten Einschüchtiung der Polizei bezogen zu sein? Wäre so was ohne Mitterand möglich? Die Gewerkschaften sind für Mitterand. Und haben nicht alle sozialistischen Abgeordneten einschließlich Guesdes dem radikalen Minister Bourgeois (1895) die Ausschließung der „verbrecherischen“ Anarchistengesetze votiert? Hat nicht die guesdistische Organisation von Lille ein Bündnis mit den Radikalen im Gemeinderat für vier Jahre geschlossen? Sieht nicht Delory im Viller Magistrat mit einem radikalen Bürgermeister Adjunkten? (Beifall.) Im Parlament stellen wir stets Zusatzanträge zu Bourgeoisgesetzen, um sie zu verbessern. Sollen wir konsequent überlassen wir nicht der Bourgeoisie den moralischen Vorteil der

Durchführung von Reformen. Die tägliche Aktion für unmittelbare Zwecke ist notwendig, um das große Ziel zu fördern. Wirken wir auf allen Gebieten, um die Partei zur Bewältigung aller Aufgaben zu befähigen. Die Revolution kann nicht die Folge einer Blitzentladung allein sein. (Langdauernder Beifall.)

**Colly, Pariser Gemeinderatsmitglied (Unabhängiger):** Ich bin eben so revolutionär wie nur jemand, aber unmittelbare Erfolge sind unentbehrlich. Millerand hat seinen Punkt seines Ministerialprogramms preisgegeben. Die Masse der Arbeiter ist mit seiner Thätigkeit zufrieden. Am Vorabend der Wahlen hat man nicht so revolutionär, wie das jetzt von gewisser Seite geschieht. Man sucht ferner die gebildeten Schichten vom Proletariat abzuzeichnen. Auch die Kopfarbeit sind Proletariat und für die Partei unentbehrlich. ... Seien wir aufrichtig; man darf nicht in Volksversammlungen und im Parlament eine verschiedene Sprache führen. Als ich in einer Versammlung den Generalstreik befürwortete, traten mir gerade Blanquisten entgegen. ... Nebenbei wird sich Kampf gegen die Spaltungsvorleser, gegen das Seltenwerden in der sozialistischen Partei. (Beifall und Widerspruch.)

**Briand (Unabhängiger revolutionäre Richtung):** Millerands Eintritt ist die notwendige Folge der Taktik der Kompromisse, die auch von den Guesdisten befolgt wurde. Guesde und Lafargue hatten einst die Wahlaktion verworfen. (Widerspruch.) Später stellten sie die Wahlaktion in den Vordergrund — das war der erste Kompromiß. Die Folge davon waren weitere Kompromisse. Die strenge Doktrin wurde abgemildert, um Wähler zu gewinnen. Es kam zur Aufstellung eines Minimalprogramms — das war der zweite Kompromiß. Dann verteidigten sie Reformen im Parlament, ohne sich daran zu stoßen, daß durch Reformen die Existenz der kapitalistischen Gesellschaft verlängert werden könnte. ... Die Wahlschlachten haben die Aktion der Partei um den Kampf gegen die Herrschaftsmilitärische Reaktion gelähmt. So daß schließlich das Ministerium Waldeck-Rüsseler notwendig wurde, um die Republik zu retten. (Beifall und Widerspruch.) Ferner hat die exklusive Wahlaktion der Organisation der Partei geschadet. Ich gehöre zu denen, die die revolutionäre und gewerkschaftliche Aktion auf die gleiche Linie mit der Wahlaktion stellen. Auf dem Gewerkschaftskongress von Marseille (1892) habe ich mit anderen Kameraden die Organisation des Generalstreiks vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde einstimmig votiert, auch die guesdistischen Gewerkschaftler votierten dafür. Aber auf dem gleichzeitigen politischen Kongress der Guesdisten wurden die Generalstreiks-Freunde heruntergemacht.

Redner wird häufig von Guesdisten unterbrochen und zur Frage zurückgeführt.

**Briand schlägt nun vor, den Generalstreik als besonderen Punkt zu behandeln.** (Angenommen.)

Redner schließt mit der nochmaligen Betonung, daß der Fall Millerand von den Gegnern verschuldet. Also keine Rekriminationen! Und vollziehen wir nicht den moralischen Mord (den Ausschluß Millerands aus der Partei), zu welchem uns die nationalistische Presse einladet. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende verliest ein Begründungsschreiben des auswärtigen Verbandes der politischen sozialistischen Partei. (Beifall.)

**Gelez (Allemanist) fordert Einigung und bedauert die Rivalitäten** zwischen verschiedenen sozialistischen Richtungen bei Wahlen. Der Eintritt Millerands ins Ministerium scheint mir mit Unrecht den Kongress stark zu beschäftigen. Viel wichtiger ist die Frage der organisatorischen Einigung. Im allgemeinen ist ein sozialistischer Minister für die Partei eher nachteilig, als vorteilhaft. Aber in einer gefährlichen Krise müssen wir den Eintritt eines Sozialisten ins Ministerium billigen. Die Verteidigung der Republik ist ernste Pflicht der sozialistischen Partei. — Redner beantragt zwei Resolutionen im Sinne seiner Ausführungen: 1. für die Herstellung einer einzigen Wahlaktion; 2. für die Aktion der Sozialisten zur Verteidigung der Republik.

Der Vorsitzende verliest ein Begründungsschreiben des Centralkomitees der spanischen Sozialisten. (Lebhafter Beifall.)

**Allemane, mit Beifall begrüßt, bedauert den persönlichen** Charakter der bisherigen Debatte, die für und gegen Millerand geführt wird. Millerand geht uns nicht an, er steht ja außerhalb jeder Organisation, er hängt nur von seinen Wählern ab, er durfte also auf eigene Faust handeln. Erheben wir die Debatte über die Person Millerands.

Redner wirt den Guesdisten vor, in der Drehfus-Affäre das Wort „ihres Meisters“, Karl Marx, betreffend die Pflicht der Sozialisten, für die Freiheit einzutreten, verlegt zu haben. (Stürmischer Beifall.) Was die Ministerfrage angeht, so habe der Kongress ausschließlich für die Zukunft Vorkehrungen zu treffen. Redner spricht sich jedoch vorerst nicht über seine Stellung zur Frage aus und verweist nur auf den Widerspruch zwischen den neuartigen parlamentarischen Abstimmungen Millerands und selbst dessen Freunden Viviani. Zum Schluß mahnt er zur ruhigen, sachlichen Diskussion. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung um 8 Uhr.

Neber die Abend Sitzung vom Dienstag und die Mittwochnachmittag-Sitzung erhalten wir noch folgende Privat-Depesche unseres Special-Verichters:

**Paris, 6. Dezember.** In der Dienstagabend-Sitzung spricht Salambret namens der Gewerkschaften für Millerand. Er hält unmittelbare Resultate für ebenso notwendig wie die Revolution. — Guesde bekämpft unter lebhaftem Beifall Jaurès Methode, deren Opfer Millerand geworden sei und beruft sich auf die internationale Umfrage der „Petite républicaine“. Dabei erwähnt er auch die Meinung Liebkeuchts. Dies führt zu einem bestigen Zwischenfall. Joindh (Allemanist) ruft: „Nieder mit Liebkeuch!“ Dieser Ruf verursacht eine ungeheure Erregung und entfesselt minutenlang einen Sturm der Entrüstung. Joindh wird aus dem Kongress mit erdrückender Mehrheit ausgeschlossen. Joindhs Ruf wurde veranlaßt durch die Liebkeuchtschen „Fadel“-Artikel über Drehfus im „Intransigent“ und in der „Libre parole“. — Der Gewerkschaftler Sonnenheimer spricht alsdann für Millerand, ebenso Bonard. — Kolesch bekämpft Millerand wegen der Haltung der Polizei und der Militärs in den letzten Streiks.

Die Mittwochnachmittag-Sitzung verläuft ruhiger. Joindh wird auf Vorschlag der Guesdisten wieder zugelassen. Defante empfiehlt den Generalstreik, der Briand als das beste Revolutionsmittel erklärt. — Delory spricht dagegen. Der Generalstreik sei kein Prinzip, sondern ein Mittel, das man für den günstigen Moment allenfalls bereit halten könne. Man möge seine Zweckmäßigkeit prüfen, aber keine specielle Agitation dafür anstellen. Schließlich sprechen noch ein Allemanist, ein Blanquist, ein Mitglied der kommunistischen Allianz und ein Gewerkschaftler für den Generalstreik.

## Gewerkschaftliches.

**Fürth.** Der von den Gewerkschaften ins Leben gerufene Saalbauverein hat einen großen prächtigen Versammlungssaal mit Restauration, Vereinszimmer und Herberge errichtet. Vergangenen Sonnabend wurden unter großem Andrang des Publikums und in Gegenwart von Vertretern der Stadt die Lokalitäten offiziell eröffnet. Nachdem der Betrieb schon einige Monate probeweise von einem Bäcker geführt wird, wird vom 1. Februar n. J. Regiebetrieb zur Anwendung bringen. Der Gesamtwert für das Unternehmen beziffert sich auf ca. 280 000 M.

**Der Streik der Planierer bei Wormann u. Elders in** Düsseldorf dauert unverändert fort. Die Situation ist für die Streikenden recht günstig, da sich bisher noch kein Arbeitswilliger gefunden hat. Die Firma hatte sich u. a. einen Planierer aus Thale a. Harz verschrieben, doch hat der Mann, nachdem er hier erfahren hatte, daß die Kollegen streikten, schließlich die Papiere ver-

langt. Dem Profuristen der Firma war das offenbar sehr unangenehm, die Polizei wurde mobil gemacht und der fremde Arbeiter sowie ein Streikposten zur Wache geführt. Dort hat sich natürlich herausgestellt, daß der Streikposten durchaus korrekt gehandelt hat. Seit einigen Tagen steht überhaupt wieder ein Doppelposten der Polizei vor der Fabrik.

**Die Abrechnung über die Krefelder Weberausstände** ist soeben vom Krefelder Gewerkschaftsrat in Druck herausgegeben worden. Dieselbe erstreckt sich sowohl über den Seidenweber wie über den Sammetweberausstand. Gleichfalls sind darin enthalten die Ausgaben für den Ausstand der Sammetweber in Rheindt, sowie die Zuschüsse, welche aus dem Ueberfluß auf verschiedene Ausstände überwiesen wurden. Eine separate Abrechnung über den großen Sammetweberstreik, wie es von verschiedenen Seiten gewünscht wurde, hat sich deshalb nicht erbringen lassen, weil mehrere Ausstände zu ein und derselben Zeit stattfanden, so daß ein Abschluß nicht vorgenommen werden konnte. Die Einnahmen des Kartells beliefen sich insgesamt auf 253 085,08 M. Davon wurden Streik- und Gemahrgeld-Unterstützung veranschlagt: 245 722,72 M.; zum Krefelder Härberstreik wurden 2400 M. zugeworfen; der Ueberfluß von 81,66 M. wurde nach Abschluß dem Kartell überwiesen. Die Gesamtausgaben des zweiten Kartierers an Streikunterstützung, Fortis, Verwaltung etc. sind mit 5502,76 M. angegeben, so daß eine Summe von nur 3 1/2 tausend Mark verbleibt, die für Fortis, Korrespondenzen, Agitationstouren, Drucksachen, Wäcker, Papier, Mantelgelder, Entschädigungen usw. verausgabt worden ist, eine im Verhältnis zu den großen Summen recht lächerlich geringe Summe. Sicher ist, daß die „Feier“ sich dabei von den ihnen zustehenden Arbeitserlösen nicht „mästen“ konnten.

## Geriichts-Beitrag.

**Das Urteil im Prozeß Buchwald - Gahn** konnte in einem kleinen Teil unserer gestrigen Ausgabe nicht mitgeteilt werden. Für die wenigen Leser, die über den Ausgang des Nordprozesses nicht unterrichtet worden sind, wiederholen wir daher die nach 1 Uhr nachts eingetretene Meldung über das Urteil des Schwurgerichts.

Die Geschworenen sprachen die Angellage schuldig der schweren Körperverletzung mittels eines Messers unter Verneinung von mildernden Umständen, in betreff des Angeklagten Gahn wurden sämtliche Schuldsfragen verneint.

Das Urteil lautete gegen die Buchwald auf ein Jahr Gefängnis, Gahn wurde freigesprochen.

**Als eine hochgradige Giftvergiftung** und Gemeinheit gegenüber seinen Mitmenschen kennzeichnete gestern der Vorsitzende der 7. Strafkammer des Landgerichts I das Verhalten, welches den Schlächtermeister Johann Brechmann wegen wissentlichen Inverkehrbringens gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel auf die Anklagebank führte. Bei einer gelegentlichen Revision, die der Kontrolldiener Kottke am Morgen des 30. Mai in den Geschäftsräumen des Angeklagten vornahm, beschlagnahmte der Beamte 30 Kilo Rindfleisch, welches hochgradig tuberkulös aussah und sich bei der Untersuchung auch als solches erwies. Der Gefelle war gerade damit beschäftigt, ein großes Stück zu zerleinern, welches seiner Angabe nach zu Würst und Schabefleisch verwendet werden sollte. Das Fleisch hatte nicht, wie vorgeschrieben, das Untersuchungsamt passiert, mußte also eingeschmuggelt sein. Die Behörde fand die Handlungsweise des Angeklagten im so strafbarer, weil er die Lieferung für das Paul Verhardt-Stift hatte, wo zur Stärkung der Kranken viel Schabefleisch verordnet wird. Bei seiner ersten Vernehmung wie auch in den späteren, sowie in der Hauptverhandlung behauptete Brechmann, daß der Großschlächter Sandhoff zu Dolldorf ihm das betreffende Rindvieh geliefert habe. Sandhoff war deshalb mitangeklagt worden. Es gelang ihm indessen mit Hilfe seines Verteidigers, Jurist Dr. Sello, der nachwies, daß Brechmann ihn zu Unrecht bezichtigt hatte, das Fleisch müßte aus einer anderen Quelle stammen. Die Brechmann nicht vertreten will. Der Staatsanwalt beantragte gegen Sandhoff die Freisprechung, gegen Brechmann drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage. Das Urteil soll in einer hiesigen Zeitung veröffentlicht werden.

**Wie langsam es bisweilen geht,** bis einem wegen Verletzung Arbeitswilliger angellagten Arbeiter sein Recht wird, zeigt folgender Fall. In der 5. Instanz hatte sich gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts I mit einem Falle angeleglicher Verletzung Arbeitswilliger zu beschäftigen. Das Schwurgericht zu Spandau hatte am 24. August v. J. den Zimmermann Joseph Meine wegen Vergehens gegen §§ 153, 152 der Gewerbeordnung zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Während des Streiks der Zimmerleute in Spandau waren dort Streikposten aufgestellt worden. Ein Arbeitswilliger, Zimmermann Prüfert, wurde am 10. Mai von vier Männern, unter denen sich der Angeklagte befand, abgefaßt; sie nahmen ihn in die Mitte und führten ihn in eine Restauration, wo sie ihn fragten, ob er nicht mit „anhalt“ wolle. Nach längeren Verhandlungen, bei welchen der Angeklagte der Vorsitziger gewesen sein soll, ließ sich Prüfert thatsächlich dazu bewegen, pflichtgemäß seine Arbeit niederzulegen und reiste nach Dresden ab. Er richtete dann einen Brief an seinen Meister, in dem er als Grund seiner Abreise angab, er habe geäußert, von den Zimmerleuten geschlagen zu werden. Die gegen das schöffengerichtliche Urteil eingelegte Berufung war erfolglos. Die dritte Strafkammer des Landgerichts II hat die That sache, daß einer der vier Männer den Prüfert zunächst am Arme gezogen und alle zusammen ihn dann in ihre Mitte genommen, wobei zwei vor, zwei hinter ihm gingen, als „körperlichen Zwang“ erachtet, durch den er bewegen werden sollte, die Arbeit aufzugeben. Er sei gewissermaßen in die Kneipe geschleppt worden und auf dem Wege dahin sei ihm eine freie körperliche Bewegung unmöglich gewesen. — Gegen dieses zweite Urteil legte Rechtsanwalt Dr. Löwenstein Revision beim Kammergericht ein, indem er ausführte, daß das bloße Mitnehmen in eine Kneipe unmöglich den Thatbestand des § 153 erfüllen könne, denn diese Einwirkung habe nicht stattgefunden, als sich Prüfert zur Arbeitsstätte, sondern als er sich nach Hause begeben wollte, andererseits sei aber nicht festgestellt, daß Prüfert in der Kneipe durch einen dort auf ihn ausgeübten körperlichen Zwang zur Theilnahme an der Lohnabrede veranlaßt worden sei. Das Kammergericht hob dann auch das Urteil auf und wies die Sache an die Strafkammer zurück. Diese verurteilte den Angeklagten wiederum, indem sie ihre früheren thatsächlichen Feststellungen aufrecht erhielt. Die auch hiergegen vom Rechtsanwalt Löwenstein eingelegte Revision hatte abermals Erfolg. Das Kammergericht führte wiederum aus, daß der körperliche Zwang auf der Straße gegen Prüfert nur zu dem Zwecke angewendet worden sei, ihn in die Wirtschaft zu bringen, um dort mit anderen Mitteln auf die Entschließung des Prüfert einzuwirken. Als solche Mittel seien in der Kneipe nur Ermahnungen angewendet worden und von einer Fortsetzung des körperlichen Zwanges in der Kneipe könne keine Rede sein. Das Kammergericht hielt es für angemessen, nunmehr die Sache dem Landgericht II abzunehmen und dem Landgericht I zu überweisen. Die fünfte Strafkammer, die gestern die Anklage nochmals zu prüfen hatte, kam zur vollen Freisprechung des Angeklagten.

## Der Krieg.

Aus den spärlich einlaufenden Meldungen vom Kriegsschauplatz ist zu entnehmen, daß die Boeren von der Offensive mehr zur Defensiv übergeben. Sie scheinen auch jetzt wieder zu der von ihnen schon in früheren Feldzügen eingeschlagenen Taktik zu greifen, den Feind durch Ein- und Herzerren zu ermüden und zu schwächen. Dabei ziehen sie ihn in für sie besonders günstigen Gelände, das ihnen alle Vorteile bietet, den Engländern aber große Gefahr bringt und die Schwierigkeiten des Feldzuges fortgesetzt steigert. Alles deutet darauf

hin, daß trotz der kolossalen Anstrengungen des englischen Heeres nahezu keine Erfolge eingetreten sind und die angeblich großen Siege sich immer mehr einer Niederlage nähern. Dabei droht der **Aufstand der Afrikaner** im Rücken des englischen Heeres. Man behauptet, daß bereits in der Kapkolonie 10 000 Afrikaner dem im Süden stehenden Heere der Boeren zugeschworen sind. Aus dem Grunde ist von einem Einmarsch des General Gatacre in den Orange-Flusssaat keine Rede, die Boeren haben sich vielmehr in Colesberg und Dordrecht zusammengedrängt und verhindern hier den Vormarsch des englischen Besatzhabers.

In Natal treten die Gerüchte immer bestimmler auf, daß auch hier circa 6000 Afrikaner sich dem Boeren-Heer angeschlossen haben. Mehrere englische Blätter verlangen äußerst erregt die Behauptung des Standrechts, um die Ueberläufer mit dem drakonischen Strafmittel, den das Standrecht gewährt, zu bestrafen.

Ein der „Köln. Ztg.“ aus Kapstadt zugegangener Bericht, der vom 15. November datiert ist, versichert, die britische Kriegsführung werde immer unverständlicher und äußere bereits bedenkliche Nebenwirkung auf ganz Südafrika. Eine allgemeine Erhebung scheine nahe bevor. Es verlautet, die Verögerung des Aufstandes sei auf eine von Pretoria erlassene Verfügung zurückzuführen. Es heißt, der Plan der Republik gehe dahin, sobald Maseling, Labymith und Kimberley gefallen, was nahe bevorstehe, England Friedensvorschlüge zu machen, welche jedoch, da große Gebietsabtretungen, Verzichtleistung auf alle Sugerantitätsansprüche, Ertrag der Kriegskosten in Aussicht genommen, auf keine Annahme zu rechnen haben. Der Kampf solle zum äußersten getrieben und von Pretoria aus das Zeichen zu einem allgemeinen Aufstande der ganzen Boerenbevölkerung gegeben werden.

### In Natal

haben die Boeren eine größere Streitmacht am Zugelafuß bei Colenso in eine äußerst vorteilhafte Stellung auf einer Anhöhe gebracht, die durch Schanzgräben und Brustwehren in trefflichen Verteidigungszustand gerichtet ist. Duller, der englische Besatzhaber, hat bisher den Uebergang über den hoch angeschwollenen Fluß nicht gewagt, da ihn die Boeren nicht unter leichteren Bedingungen gestatten würden. Die Etappenstrafen nach den Drakensbergen werden von den Boeren gut besetzt, um ihnen den Rückzug zu sichern und hier den Kampf unter günstigen Bedingungen fortzusetzen.

Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Pretoria vom 2. Dezember über Lourenço Marques gemeldet: **General Toubert**, der ursprünglich kam in Volkstanz an. Während seiner Abwesenheit übernimmt Schallburger den Oberbefehl.

Die „Times“ veröffentlichten in ihrer zweiten Ausgabe folgende Depesche aus Labymith vom 28. November: Der Feind hat die schwächsten Punkte der Stadt ermittelt, das Feuer der Belagerungsgeschütze fängt an eine verheerende Wirkung zu haben, die täglichen Nationen sind herabgesetzt und es sind eine beträchtliche Anzahl von Leuten erkrankt. Trotzdem ist alles vorbereitet auf eine letzte Anstrengung der Boeren, bevor diese ihren völligen Rückzug nach ihrer Landesgrenze angetreten haben.

### Zu Westen

haben die Boeren 6 Meilen vom Robersfuz, einem Nebenfluß des Riet, an dem sich das große Treffen abspielte, eine feste Stellung eingenommen und erwarten hier den Angriff des General Methuen.

### Letzte Meldungen.

**Köln a. Rh., 6. Dezember.** Die „Köln. Ztg.“ teilt mit: Privatmeldungen aus Pretoria berichten, daß dort bereits 3000 britische Gefangene verweilt; die nach den Hofenstädten gebracht Zahl der Verwundeten lasse auf große Verluste schließen. In englischen Kreisen wird die Lage als sehr ernst angesehen.

**London, 6. Dezember.** Das „Reuterische Bureau“ meldet unter dem 6. d. M. aus dem Lager von Freere: General Clerx traf heute hier ein und übernahm das Kommando über die hier stehende Division. In der Richtung auf Labymith wurde heute Geschützfeuer geführt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Italienische Deputiertenkammer.

**Rom, 6. Dezember. (W. Z. B.)** Es wird über die Mandatniederlegung des Sozialisten Turati beraten, dessen Wahl noch nicht für gültig erklärt ist, da Turati nicht wählbar gewesen sei. Turati hatte seine Demission gegeben als Protest, weil ihm die Polizei in Mailand unterlag, am Sonntag an einer Wahlveranstaltung teilzunehmen zu Gunsten der administrativen Wahlen. Es entspannt sich eine lebhafte Debatte. Sonnino beantragt, die Demission Turatis der Wahlprüfungscommission zu überweisen, da diese sich noch nicht über die Gültigkeit der Wahl Turatis ausgesprochen habe. Er habe das Vertrauen, daß der Minister des Innern das Verfahren der politischen Behörde in Mailand mifbilligen und den parlamentarischen Prärogativen Achtung verschaffen werde. Sonnino schlägt mit dem Antrag auf Gewährung einer Amnestie für die Vorgänge des letzten Jahres. Die äußerste Linke und Janardelli im Namen der Linken beantragen, die Demission Turatis zurückzuziehen. Der Ministerpräsident Pelloni wiederholt seine bereits am Montag abgegebene Erklärung, daß er dem Präsidenten von Mailand die Weisung erteilt habe, Turati zu gestatten, an der Versammlung teilzunehmen. Die Regierung treffe also keine Verantwortung und sie befinde sich hinsichtlich des Vorkommnisses in völliger Uebereinstimmung mit den Ausführungen Sonninos auch hinsichtlich der Amnestie, vorausgesetzt, daß Sicherheit für die Aufrechterhaltung der Ruhe vorhanden sei. (Lebhafter Beifall.) Sonnino bringt eine von Pelloni gebilligte Tagesordnung ein, welche von den Erklärungen der Regierung, daß sie den parlamentarischen Prärogativen strengste Beachtung seitens ihrer Agenten verschaffen werde, Alt nimmt und jede Entscheidung über die Mandatniederlegung Turatis bis zu dem Zeitpunkt verschiebt, an welchem die Wahlprüfungscommission ihren Bericht über die Gültigkeit der Wahl Turatis vorlegen wird. Der erste Teil der Tagesordnung Sonninos wird einstimmig durch Erheben von den Lippen gebilligt und der zweite Teil in namentlicher Abstimmung mit 176 gegen 86 Stimmen genehmigt.

**Elbing, 6. Dezember. (W. Z. B.)** Infolge des starken Nordwestwindes sind der Elbingfluß und das Haff bedeutend. Der Elbingfluß ist unterhalb der Stadt über die Ufer getreten, die Gasse der Hafenerbahn sind an verschiedenen Stellen unterflutet, der Betrieb ist vorläufig eingestellt. — Nach Meldungen aus Braunsberg steht der größte Teil des am Hoch gelegenen Dorfes Alt-Palfarge mehrere Fuß unter Wasser.

**Frankfurt a. M., 6. Dezember. (W. Z. B.)** Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Die wegen der Unterzeichnung der Sympathie-Adresse für England verhafteten sieben Türken wurden gestern freigelassen infolge des energischen Protestes des englischen Vorkaufers.

**Budapest, 6. Dezember. (W. Z. B.)** Im Dorfe Veleny (Komitat Veszprém) brach bei orkanartigem Sturm Feuer aus, durch welches 80 Häuser samt den Nebengebäuden eingestürzt wurden. Menschen sind nicht verunglückt.

**London, 6. Dezember.** Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Manizre vom 3. November über Kapstadt vom 1. Dezember gemeldet: Die Portugiesen haben den als Häuptling des Joostanmes bekannten Nataka völlig geschlagen und seine Stadt zerstört. Die Häuptlinge Jirak und Mahanjira unterwarfen sich den Portugiesen und boten ihnen ihren Verstand gegen Nataka an.

**Washington, 6. Dezember. (W. Z. B.)** Senat. Mason bringt eine Resolution ein, besagend, der Senat begleiite den Boeren in ihrem Freiheitskampf mit seinen besten Hoffnungen. Der Vorsitzende des Finanz-Ausschusses, Adria, legt einen von den republikanischen Mitgliedern des Ausschusses ausgearbeiteten Gesetzentwurf vor, betreffend die endgültige Einkämpfung des Goldstandards für die Zurückzahlung der Staatsschuld und für andere Zwecke.

Reichstag.

117. Sitzung vom 6. Dezember 1899, 1 Uhr.

Am Bundesratsliche Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Graf Posadowsky, Graf von Rheinbaben, Graf Sülow.

Zumächst steht zur Beratung die erste Lesung des Entwurfs des Reichsgesetzes über die Verbindung inländischer Vereine...

Reichskanzler Fürst Hohenlohe:

Meine Herren! Ich glaube zur Abklärung der Debatte beizutragen, wenn ich sofort das Wort ergreife. Es ist in diesem hohen Hause öfter Bezug genommen worden auf die Erklärung, welche ich am 27. Juni 1896 abgegeben habe...

Abg. Baffermann (nall.):

Nach dieser Erklärung des Herrn Reichskanzlers dürfte es sich wohl empfehlen, unseren Antrag möglichst ohne weitere Debatte anzunehmen. Der Gegenstand ist ja bereits zu wiederholten Malen in diesem hohen Hause eingehend verhandelt worden...

Abg. Dr. Vahem (L.):

Ich glaube auch auf jede längere Diskussion über den Antrag selbst verzichten zu können, um die Wirkung der Erklärung des Herrn Reichskanzlers nicht abzuschwächen. Es hat niemand in diesem Reichstage daran gezweifelt, daß der Herr Reichskanzler, was an ihm lag, gethan hat, um rechtzeitig seine Inanspruchnahme der Aufhebung des Verbindungsverbot von Vereinen zur That werden zu lassen...

Abg. Dr. v. Lechow (L.):

Im Jahre 1896 habe ich namens meiner politischen Freunde die Erklärung abgegeben, daß wir gegen die Aufhebung des Verbindungsverbot politischer Vereine nichts einzuwenden hätten, wenn damit zugleich gewisse Auswüchse des Vereinsrechts, die als Auswüchse auch von anderen Parteien anerkannt sind, beseitigt werden würden...

Verein nicht sehr wesentlich gelitten hat, und daß sie von der Aufhebung dieses Verbots keinen besonderen Vorteil haben wird. Aber wir bezagen, daß auf alle Fälle die Socialdemokratie daraus Vorteile ziehen wird und zwar wiederum mit der Hilfe von Teilen dieses Hauses...

Abg. Frh. von Stumm (Op.):

Es liegt kein Bedürfnis vor, materiell auf den Antrag näher einzugehen, ich kann aber auch nicht umhin auch meinerseits das lebhafteste Bedauern über die Erklärung des Herrn Reichskanzlers auszusprechen. (Bravo! rechts.) Diese Erklärung giebt eine Waffe gegen den Umsturz in dem Augenblicke aus der Hand, wo der Reichstag es abgelehnt hat, auf die zum Schutze der Arbeitwilligen vom Terrorismus vorgeschlagenen Maßregeln selbst in der abgeschwächten Gestalt des bürgerlichen Antrages auch nur in einer Kommissionsberatung einzugehen...

Abg. Nickerl (H. Vg.):

Ich glaube, daß die verbündeten Regierungen diese Verantwortung sehr gern übernommen haben und auch sehr leicht tragen werden. (Sehr richtig! links.) Ich habe nicht geglaubt, daß auch bei dieser Gelegenheit wieder die Furcht vor der Socialdemokratie zum Ausdruck kommen werde. Es handelt sich hier doch lediglich um die Aufhebung eines Verbots, welches nur die bürgerlichen Parteien geschädigt hat...

Präsident Graf v. Ballestrem:

Wir befinden uns jetzt erst bei der ersten Lesung des Entwurfs des Reichsgesetzes über die Verbindung inländischer Vereine...

Abg. Singer (So.):

Meine Herren, für unsere innerpolitischen Zustände ist es außerordentlich bezeichnend, daß die Redner der Fraktionen, die eben gesprochen haben, außer den beiden konservativen Herren in Dankesbezeugungen gegen den Herrn Reichskanzler sich überboten, daß der Herr Reichskanzler und die verbündeten Regierungen endlich einmal den Willen des Reichstages respektieren wollen...

Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat uns mitgeteilt, daß die verbündeten Regierungen, wenn der Reichstag den Antrag Baffermann annimmt, diesem Beschluß beitreten werden. Ich will dem Herrn Reichskanzler wünschen und hoffen, daß er mit dieser Erklärung mehr Glück hat, als mit den früheren, und daß er sie namentlich in einer kürzeren Zeit zur Wahrheit machen kann...

Als wir bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches das Handverbot, dieses Rotverbotsgesetz in das Bürgerliche Gesetzbuch hineinzubringen, da war viel weniger der Zweifel, daß der Herr Reichskanzler sein Wort nicht einlösen wollte, als in unserer Anforderung, als vielmehr die Furcht, ich darf sagen, die Gewißheit, daß die preussische Regierung es sich nicht entgehen lassen würde, die von dem Herrn Reichskanzler in Aussicht gestellte Aufhebung des Verbots des Inverbindungsverbots politischer Vereine mit reaktionären Bestimmungen zu bepacken...

Nun hat es ja nach der heutigen Erklärung des Herrn Reichskanzlers den Anschein, als ob die preussische Regierung auch seine Ansicht damals vertreten hat, als sie diese Aufhebung des Verbots mit Bestimmungen bepackte, die so reaktionär waren, daß sie selbst den preussischen Rationalisten nicht annehmbar erschienen. Das will viel sagen, meine Herren (Heiterkeit), nach dem Beispiel, welches Kollege Bisping und seine Freunde hier bei der Justiznovellenvorlage gegeben haben (Heiterkeit)...

Das ist auch damals die einmütige Meinung des Reichstages gewesen. Es ist keiner Partei, auch den Herren von der konservativen Seite nicht, die ja damals auch gegen den Antrag gestimmt haben, eingefallen, zu glauben, daß die Justifizierung des Herrn Reichskanzlers, die er im Jahre 1896 gemacht hat, dazu benutzt werden sollte, um auf dem Wege der Landesgesetzgebung zwar dieses Verbot aufzuheben, dafür aber die Vereinigungsgesetzgebung reaktionärer zu gestalten...

Also, meine Herren, die Genugthuung, daß endlich einmal ein Beschluß des Reichstages von den verbündeten Regierungen respektiert wird, braucht doch in der That keine Veranlassung zu sein, um die Sache so darzustellen, als ob dem deutschen Volke mit dieser Zustimmung des Bundesrates ein Geschenk von eminentem Wertem gemacht würde.

Wenn dann von der Socialdemokratie die Rede war, so hat ja Kollege Nickerl schon mit Recht darauf hingewiesen, daß wir mit diesem Verbot fertig geworden sind und von seiner Aufhebung auch keine wesentlichen Vorteile weiter haben werden. Uns, als Partei betrachtet, läßt die Sache ziemlich kühl.

Kollege Vahem hat die Gelegenheit benützt, davon zu sprechen, daß keine Geschenke die Freundschaft erhalten. Da muß ich doch sagen, daß meiner Meinung nach diese Thatfache für das Centrum keine Veranlassung zu sein braucht, der Regierung nahezuweisen, daß sie nun wieder auf gute Laune des Centrum rechnen könnte. (Heiterkeit.) Darin hat Kollege Vahem ganz recht, daß noch eine ganze Menge anderer Wünsche des Reichstages der Zustimmung des Bundesrats harren. Ich finde es begrifflich, daß er von seinem Standpunkt aus namentlich auf die Erfüllung des einen Wunsches besonderen Wert legt; aber ob er der Erfüllung dieser Wünsche einen guten Dienst damit geleistet hat, daß er die Regierung darauf hingewiesen hat, wie sie sich der Zuneigung des Centrum erfreuen könne, daß sie Geschenke der Volksvertretung macht, um dann auch die Volksvertretung für ihre Pläne geneigter zu machen, das hätte Kollege Vahem gerade im gegenwärtigen Moment sich sehr überlegen sollen. (Sehr gut! links.)

Zur gegenwärtigen Situation kann man vielleicht sein Sprichwort etwas verändert folgendermaßen sagen: Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. (Große Heiterkeit.) Die Situation, in der wir uns befinden, hätte ihn vorstärker machen sollen.

Nach einige kurze Bemerkungen gegenüber den Ausführungen der Herren v. Lechow und v. Stumm Herr v. Lechow meinte, eine Regierung, die sich drängen läßt, gehele ihm nicht. Ich muß sagen, wenn der verehrte Herr Abgeordnete diesen Grundlay seiner Partei gegenüber anwenden wollte, dann hätte er ein volles Recht dazu. Aber es scheint, als ob Herr v. Lechow das Drängen von der Rechten auf die Regierung als einen Akt bezweifle, dem die Regierung unperverseiglich folgen muß; denn sonst würde man es ja nicht verstehen, wie die Herren von der konservativen Rechten namentlich in Bezug auf die Kanalvorlage usw. (Sehr gut links, Widerspruch rechts) zu ihrer Stellung gekommen sind, wie sie fortwährend die Regierung drängen, vollpolitische Maßregeln zu ergreifen...

Nun haben die Herren konservativen und Herr v. Stumm eine Scheidung angestellt — man könnte fast sagen, sie sind die Hauptkräfte der Angst (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten) — davor, daß auch dieses kleine schwächliche Zugeständnis der Regierung zum Vorteil der Socialdemokratie ausfallen wird. Ach, meine Herren, alles, was sie ihm, schlägt zu unserm Vorteil aus. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Sie mögen beschließen, was Sie wollen, die den Dönnig aus Ihren Beistellungen laugen werden, sind wir. Das ist eben die unüberwindliche Macht der Socialdemokratie, nicht deshalb, weil wir hier die Vertreter sind, sondern weil die Gedanken und Forderungen der Socialdemokratie der Berechtigung entsprechen, und weil diese Forderungen durchgesetzt werden mit oder gegen Ihren Willen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Also, meine Herren, die Meinung, daß die Socialdemokratie Vorteile hat von der Zustimmung, kehrt immer wieder. Ich bin übrigens neugierig, wie lange die Herren von der Rechten noch von dem eingeleiteten Lehmann der Justiznovellenvorlage hier sprechen werden. Wenn diese Herren der Regierung die Zustimmung zu diesem Gesetze zum Vorwurf machen, wenn sie sich als Schwärmer des Reichs hinstellen und die Erklärung abgeben, daß sie diese Schwärme der Regierung nicht mitmachen können, daß sie es auf das lebhafteste bedauern — wie es Herr v. Stumm geäußert hat —, daß die verbündeten Regierungen dieses Gesetz annehmen, das, wie Abgeordneter Stumm behauptet, den Umsturz fördern wird, dann muß ich doch sagen: neben Ihren fortwährenden Versicherungen, im Einde mit der Regierung stark genug zur Bekämpfung der Socialdemokratie zu sein, nimmt sich diese Angst außerordentlich komisch aus. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Angst, die bei den Herren fortwährend zu Tage tritt, kann nur den Eindruck erwecken, daß dieselben sich ihrer Schwäche selbst bewußt sind. Sie suchen mir noch Mittel, um das, was Sie auf dem Wege der legalen Handhabung der Gesetze nicht erreichen, auf dem Wege der Gewalt zu erreichen. Dazu gebrauchen Sie Gesetze, welche die Socialdemokratie im Deutschen Reich vorgefret machen. Meine Herren, ich glaube, Sie sollten sich doch einmal die andere Seite der Sache überlegen. Sie spielen mit einem Feuer, an dem sie sich einmal selbst die Finger verbrennen werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Dieses einige Sätze nach Gewohnheitsregeln gegen unsere Partei, diese drei festen Versicherungen, daß nach Ihrer Ansicht die Socialdemokratie außerhalb des gemeinen Rechts gestellt werden muß: alles dieses kann ich einmal, wie ich neulich schon andeutete, auf unserer Seite zu Gesetzwirkungen verbinden, die dann einfach beunruhigen, die socialdemokratischen Reichsbürger von allen Lasten freizulassen. (Unruhe rechts.)

Glauben Sie denn, daß die socialdemokratischen Arbeiter die indirekten Steuern tragen zu ihrem Vergnügen? Glauben Sie, daß die socialdemokratischen Arbeiter nicht durchdrungen sind von der Verachtung ihrer Forderung, vollständig gleichberechtigt mit Ihnen innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen angesehen zu werden? Wer giebt Ihnen denn das Recht, sich als privilegierte Bürger des Staates hinzustellen? Wo nehmen Sie denn die Befugnis dazu, einer nach Millionen zählenden Partei derartige Jammertöne zu machen zu wollen? Wo liegt das Recht für Sie, innerhalb unserer heutigen Verhältnisse zu verlangen, daß die Partei, die wir vertreten, außerhalb des Rechts gestellt wird. Und, meine Herren, macht es nicht geradezu einen wunderbaren Eindruck, wenn diejenigen Herren, die hier im Reichstage gegen, die in der Socialdemokratie organisierte Arbeiterklasse auftreten, bei den Wahlen um die Stimmen derselben Arbeiter buhlen. (Unruhe rechts.)

Also ich glaube, die Behauptungen, die die Herren von der Rechten immer machen, können durch ihre Wiederholung nachgerade keinen Eindruck mehr machen, und wenn es nicht parlamentarische Sitte wäre, daß man auf solche Einwendungen erwidert — Sie können sich darauf verlassen, daß sachlichen Inhalts wegen halte ich diese Ausführungen nicht der Erwiderung wert. Wir werden, wie schon früher, für den Antrag Baffermann stimmen, wir nehmen Akt von der Erklärung der verbündeten Regierungen, daß dieser Antrag die Zustimmung der Regierung findet, und die einzige Freude, die wir an diesem Beschlusse haben, wird die sein, daß endlich einmal durch

dieses Gesetz ein Aufgang mit dem Reichs-Vereingefahren gemacht wird, was gegenüber den reaktionären Bestrebungen der Einzelstaaten auf diesem Gebiet eine dringende Notwendigkeit ist, wenn das deutsche Volk überhaupt noch den Namen eines Kulturvolkes behalten will. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.)

**Staatssekretär Graf v. Hofadownsky:**

Der Herr Redner der konservativen Partei hat geglaubt, einen Gegenstand gefunden zu haben zwischen der Erklärung, die ich bei dem Arbeitswilligen-Gesetzentwurf abgegeben habe und derjenigen, die heute der Reichstanzler vor dem hohen Hause abgegeben hat. Der Herr Redner befindet sich in einem thatsächlichen Irrtum. Zwischen dem Arbeitswilligen-Gesetz und der Aufhebung des Verbindungsverbot politischer Vereine besteht kein innerer Zusammenhang. Der Reichstanzler hat versprochen, dafür zu wirken, daß dieses Verbindungsverbot aufgehoben wird. Er hat dies bei den nichtpreussischen Regierungen gethan und gleiche Schritte auch in Preußen unternommen. Eine Reihe von Regierungen ist dem Ersuchen des Reichstanzlers nachgekommen. Er mußte also doppelt darauf Bedacht nehmen, daß sein Wunsch sich allgemein realisirte. Ob die Aufhebung des Verbindungsverbot durch das Reich oder in Preußen erfolgte, das ist lediglich eine Frage formaler Natur. Ich konnte denn Arbeitswilligen-Gesetz gar keine Bedingungen an die Aufhebung des Verbindungsverbot knüpfen, nachdem der Herr Reichstanzler sich gebunden hatte. Ich will auf das Arbeitswilligen-Gesetz nicht zurückkommen und schon deshalb keine Verhinderung abhalten, weil die wahre Todesursache doch wohl kaum mehr festzustellen sein wird. (Heiterkeit.) Aber das will ich sagen: Als ich dort von eventuellen Erweiterungen der Koalitionsfreiheit sprach, habe ich an das Verbindungsverbot nicht gedacht, sondern an die Regelung anderer Fragen, die mit dem Arbeitswilligen-Gesetz im inneren Zusammenhang stehen. Aber abgesehen davon. Die verbündeten Regierungen haben sich schliesslich gemacht, das Verbindungsverbot aufzuheben, weil es innerlich überlebt und nicht aufrechtzuerhalten war. Thatsächlich auch nicht aufrecht erhalten worden ist. Zur Entwicklung des heutigen Verkehrs paßt es nicht mehr und eine kluge Regierung thut gut daran, etwas nicht länger zu konserviren, was politisch und moralisch nicht länger zu konserviren ist. (Unruhe rechts.)

**Abg. Richter (Frs. Sp.):**

Den Herrn Reichstanzler besonders anzufingen, dazu fühle ich mich nach seiner heutigen Erklärung nicht veranlaßt. Zwischen der Abgabe seines Versprechens und der Erfüllung liegen 3 1/2 Jahre. Das ist eine sehr lange Zeit bei einem Gesetz, das der Herr Staatssekretär eben als innerlich überlebt und als thatsächlich nicht aufrechtzuerhalten charakterisirt hat. (Sehr wahr! und Heiterkeit links.) Ich kann nur sagen: „Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt.“ Doch diesmal entschuldigt der weite Weg nicht Euer Schonen. Diesmal hätte Ihr früher kommen müssen. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall links und im Centrum.)

**Abg. Werner (Antij.):**

Der Herr Reichstanzler würde an Autorität eingebüßt haben, wenn er sein Versprechen nicht eingehalten hätte. Nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Parteien werden Vorteil von der Aufhebung des Verbindungsverbot haben. Als der Reichstanzler gerundet hatte und Bravo gerufen wurde, rief der neben mir sitzende Graf Rindowstrom: Die Sozialdemokraten schreien Bravo! (Sehr richtig! rechts.) Nein, Herr Graf, auch andere Leute haben Bravo gerufen. Ich beklidwünsche den Reichstanzler zu seinem Versprechen und werde für den Antrag Vassermann stimmen.

**Abg. Dr. Bagem (C.):**

Ich habe nicht erwartet, daß meine kurze Erklärung soviel Angriffe erfahren würde. Die Sozialdemokratie hat offenbar das Bedürfnis gefühlt, die heutige Majorität zu fördern, die einen Volkswunsch erfüllt, so wie jüngst Herr v. Tiedemann das Bedürfnis gefühlt hat, eine Majorität zu fördern, die übertriebene sozialdemokratische Forderungen abgelehnt hat. (Sehr gut! im Centrum.) Herr Singer hat mir den Vorwurf der Höflichkeit gemacht. Wenn man mit Unhöflichkeit allein etwas erreichen könnte, dann würden wir uns an Unhöflichkeit von seiner Seite übertreffen lassen, nicht einmal vom Abg. Singer. (Heiterkeit im Centrum.) Wir haben aber längst die Erfahrung gemacht, daß man mit Unhöflichkeit nicht immer weiter kommt, und deshalb haben wir auch den moralischen Mut, Höflich zu sein. (Heiterkeit.) Als ich dem Reichstanzler meine Verwundung ausprobiert, machte ich einen Unterschied zwischen dem Reichstanzler und dem Bundesrat. Wir haben es sehr unangenehm empfunden, daß der Bundesrat uns so lange auf die Erfüllung eines kleinen Wunsches hat warten lassen und erst jetzt nachgegeben hat, wo die Kerze auf den Nagel brennt.

Herr Singer wollte mir einen Strich aus dem Worte drehen: Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Er hat dabei aber etwas Wesentliches übersehen. Der Bundesrat leistet hier nach, er leistet nicht vor. Und deshalb ergeben sich für uns weitere Verpflichtungen daraus nicht. Wie konnte da Herr Singer die Ausführung dieses harmlosen Sprichworts mit der Höllefrage in Verbindung bringen!

Herr v. Levetzow hat sich über unsere Stellungnahme geäußert. Er hat behauptet, wir, die wir uns die eifrigsten Gegner der Sozialdemokratie nennen, erfüllten nun doch einen Wunsch der Sozialdemokratie. Das ist ja genau der Tiedemannsche Vorwurf, auf den mein hochverehrter Herr Kollege Lieber bereits die deutschste Antwort gegeben hat. Darum beziehe ich mich. Wir nennen uns nicht nur die eifrigsten Gegner der Sozialdemokratie, wir sind es auch, nur daß sich die Art, wie wir die Sozialdemokratie bekämpfen, darin von der der Konservativen unterscheidet, daß sie Erfolg hat. Ueber Ihre (zur Rechten) Art der Bekämpfung quitiert die Sozialdemokratie jedesmal dankend, weil Sie ihr nur Material für die Agitation liefern. (Oh! rechts. Sehr richtig! im Centrum und links.) Wir waren und sind jederzeit Gegner der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Polizeimahregeln und materiellen Druck. (Sehr richtig! im Centrum.) Derartige Verirrungen der großen Masse können nur durch die Kraft des Geistes überwunden werden. (Oh! links.) Wir fühlen diese Kraft des Geistes in uns. (Sehr richtig! im Centrum.) Wenn Sie diese Kraft des Geistes nicht in sich fühlen, daß Sie nicht einmal in die Aufklärung veralteter Gesetze willigen, so können wir nichts dafür. (Unruhe rechts.) Wenn Sie (nach rechts) die Regierung zu nichts drängen wollen, dann müßten Sie ja grundsätzlich auf die Stellung eigener Anträge verzichten.

Auch Herr von Stumm hat behauptet, daß heute Waffen gegen die Sozialdemokratie aus der Hand gegeben würden. Wir haben aber nirgends gesehen, daß dieses Verbindungsverbot für politische Vereine der Sozialdemokratie irgend welchen Schaden zugefügt hat. Vielmehr verhasste ihr die Agitation gegen das Verbindungsverbot volle Versammlungen. Kammern wird es uns möglich sein, viel freier als bisher der Sozialdemokratie gegenüberzutreten. An Intenität der Anstrengung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie lassen wir unsere Partei von keiner anderen übertreffen. (Sehr richtig! im Centrum. Aufse rechts: Bayern!) Wo haben Sie eine andere Partei, in der Hunderte und Abergenderte von Tausenden weltlichen und geistlichen Standes vor der Arbeit sind, die Wähler bei der Kasse zu halten und sie vor dem Abfall zur Sozialdemokratie zu bewahren? Wenn der Sozialdemokratie nicht so viel Stoff zu erbitterter Agitation gegeben worden wäre, wären wir sicherlich weiter. (Sehr richtig! im Centrum.) Heute ist ein großer Agitationsstoff für sie und der Welt geschafft worden, darüber freuen wir uns; in der vorigen Woche ein noch größerer, und darüber freuen wir uns noch mehr. Es war nahezu unmöglich geworden, die Sozialdemokratie in Arbeiterversammlungen zu bekämpfen, so lange die unglückselige Vorlage zum Schutze der Arbeitswilligen da war. Es war uns nahezu unmöglich geworden, die Leute in dieser Situation auf dem richtigen Wege zu erhalten, wo sie jeden Augenblick und in das Gesicht sprangen mit diesem § 8 und diesem ganzen Gesetz, das einmal vom ersten Augenblick an mit dem Stigma der

Zuchthausvorlage versehen war, — wo sie uns ins Auge sprangen mit dem Hinterste: Seht, so lange ist die Zuchthausvorlage schon eingebracht und Ihr habt sie noch nicht aus der Welt geschafft! (Sehr richtig! im Centrum.) Verzeihen Sie dem nicht, daß unsere Bemerkungen gegen die Sozialdemokratie fehlen müssen, wenn wir nicht durch die That beweisen, daß wir die Rechte des arbeitenden Volkes anerkennen!

Der Reichstag hatte es im Juni 1896 in der Hand, durch eine Bestimmung im Bürgerlichen Gesetzbuch mit dem Verbindungsverbot aufzuräumen. In diesem Schönheitsfehler hätte der Bundesrat das Bürgerliche Gesetzbuch nicht scheitern lassen. Wenn der Reichstag, auf das Versprechen des Reichstanzlers bauend, damals verzichtet hat, so sollte es der ganze Reichstag jetzt als seine Aufgabe betrachten, für den Antrag Vassermann zu stimmen. (Bravo! im Centrum.)

**Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.):**

Wenn der Vorredner läßt behauptet, seine Fremde erzielen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie größere Erfolge als die Konservativen, so frage ich ihn, ob er die Vermehrung der sozialdemokratischen Sitze in Karlsruhe und München auch zu diesen Erfolgen seiner Partei rechnet. (Sehr gut! rechts.) Wir wollen die Sozialdemokratie nicht mit Polizeimahregeln, sondern mit gesetzlichen Maßregeln bekämpfen. Die Anwendung der Polizei überlassen wir den Herren in Bezug auf das Kleingewerbe und die Wäldelfonktion. Da sind wir nicht so weit gegangen, weil wir die Polizei eben nicht in jede Privatangelegenheit hineinziehen wollen. Wenn Sie das Polizeimahregel nehmen, daß wir beantragen, Dinge, die wir für strafbar halten, im Strafgesetzbuch oder durch andere Gesetze zu ahnden, so können Sie ebenso gut sagen: Wozu dann überhaupt ein Strafgesetzbuch? Dann können wir zwar nicht Wort und Tathschlag, aber doch wenigstens eine ganze Masse anderer Vergehen, die wir für viel milder halten als die Aufhebung der Sozialdemokratie gegen Religion, Monarchie, Vaterland und Sitte, und die alle jetzt im Strafgesetzbuch geahndet sind, gleichfalls durch geistige Waffen bekämpfen. (Vachn links.) Vom Standpunkte des Dr. Bagem müßten Sie das Strafgesetzbuch überhaupt abschaffen! (Vachn links und im Centrum.) Wie weit ist das Centrum mit seinen geistigen Waffen gekommen? (Heiterkeit rechts.) Haben Sie einen einzigen jener Herren jemals mit geistigen Waffen überzogen? Gehen Sie doch in die sozialdemokratischen Versammlungen und versuchen Sie, dem Kadav gegenüber, den Sie dort hören, gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. Sie werden schließlich davon kommen. (Vachn bei den Sozialdemokraten.) 1896 ist gerade von Seiten der äußersten Linken — das wenigstens in dem Sinne, als ich die Sozialdemokratie als politische Partei nicht anerkenne. (Heiterkeit links) — unmittelbar nach der Rede des Reichstanzlers durch den Abg. Hanmann der Sozialdemokratie Ausdruck gegeben worden, daß das Versprechen des Reichstanzlers unter dem Vorbehalte geschah, daß Korrelate auf der anderen Seite geschaffen würden. Herr Singer nennt die heutige Stellung der Rechte ein Angstprodukt. Dieser Vorwurf trifft viel besser auf die Parteien zu, die der Sozialdemokratie entgegenkommen. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe früher schon hier erklärt, nach dem Tode, der in den sozialdemokratischen Organen gegen mich persönlich angeschlagen wird, bin ich erkrankt, daß ich nicht schon längst auf der Straße mit Anstypeln totgeschlagen worden bin. (Schallendes Gelächter links. Aufse bei den Sozialdemokraten: Dazu sind Sie uns zu wertvoll! Große Heiterkeit.) Wenn ich so handle, wie ich es thue, so glaube ich, damit meine Schuldigkeit zu thun, und keiner kann mir Angst vorwerfen. Es mag sein, daß das, was mir eben zugerufen wurde, ein Vernehmlichung ist, der Ihre Anhänger abhält, das zu thun, was ich eben meinte, aber ich weiß nicht, ob das gerade für Ihre Moral spricht. Genau so, wie Sie uns Angst vorwerfen, wenn wir schärfere Maßregeln gegen die Sozialdemokratie verlangen, kann man denjenigen Leuten Angst vorwerfen, die im Strafgesetzbuch schärfere Maßregeln für Mord, oder, wie ich es gethan habe, für Zittschlechtsverbrechen verlangen. (Vachn links.) Ich vertrete hier nur die Interessen meiner Wähler. Wenn ich vor meinen Wählern noch viel schärfer als hier gegen die Sozialdemokratie polemisiere, rufen sie mir den lebhaftesten Beifall zu. (Große Heiterkeit links.)

**Abg. v. Levetzow (L.):**

Herr Singer hat uns vorgeworfen, daß wir die Regierung immer drängen. Nun bei der Kanalvorlage hat sich die Regierung doch von uns gewiß nicht drängen lassen. (Große Heiterkeit.) Der Ausdruck paßt viel besser auf die linke Seite des Hauses. Ich bleibe dabei, die Aufhebung des Verbindungsverbot kommt in erster Reihe den Sozialdemokraten zu gute. Die Herren würden ja auch nicht fortwährend so gedrängt haben (Heiterkeit), wenn es ihnen nicht möglich wäre. (Sehr richtig! rechts.) Dem Abg. Bagem müßte ich erwidern, daß ich an der Gegnerschaft des Centrums gegen die Sozialdemokratie nicht zweifle, nur mit dem Wege, wie seine Partei diese Gegnerschaft zum Ausdruck bringt, sind wir nicht einverstanden. Ich habe weder von Rechtsverweigerung, noch von Polizeimitteln gegen die Sozialdemokratie gesprochen. Ich betrachtete das Verbindungsverbot für eine kleine Handhabe, Ausfärrungen der Sozialdemokratie zu begegnen, und diese wollen wir nicht aus der Hand geben. (Beifall rechts.) Damit schließt die Diskussion.

Das Haus tritt sofort in die zweite Beratung ein. Der Antrag Vassermann wird ohne weitere Debatte gegen die Stimmen der beiden konservativen Fraktionen mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf wird die Debatte über die Anträge Agst (Soz.) und Lenzmann (Frs. Sp.) auf Erlaß eines Reichs-Vergesetzes fortgesetzt.

Vom Abg. Lützow (C.) wird dazu beantragt, den Reichstanzler zu ersuchen, den Bundesrat zu veranlassen, auf Grund des § 120 der Gewerbe-Ordnung eine Verordnung zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter in Zinshütten, besonders durch Regelung der Arbeitszeit und durch Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen thätigst bald zu erlassen.

**Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.):**

(wegen großer Unruhe im Saale zuerst völlig unverständlich): Materiell bin ich mit Herrn Hilb ganz einverstanden. Ich möchte nur nicht in die Verghöheit der Einzelstaaten eingreifen, denn sonst kommen wir vom Föderativstaat in den Einheitsstaat. Ich bekreite, daß ein praktisches Bedürfnis für den Erlaß eines Reichs-Vergesetzes vorliegt. Herr Abg. Hilb hatte vollkommen recht, wenn er sagte, daß die Vergpolizei, der Arbeitsvertrag und die Regelung des Anapppschafswesens nicht reichsgesetzlich erledigt werden kann.

Die Frage der Revision allein ist kein Grund, um die Klisse der Gesetzgebung in die Hand zu nehmen. Mein Freund Achenbach ist als Freund eines Reichs-Vergesetzes genannt worden. Er war es früher, in der letzten Zeit seines Lebens ist er davon zurückgekommen. Er hielt das preussische Vergesetz für das beste aller Vergesetze und ich pflichte ihm dabei bei. Die vermögensrechtliche Seite der Sache kann nicht übergangen werden, wenn man sich mit einer Reform des Anapppschafswesens befassen will. Herr Sachse hat Vieles vorgebracht, was mit der Frage ob Reichs- oder Landes-Vergesetz in gar keinem Zusammenhang steht. Er verlangte eine Inspektion von Reichs wegen. Am ich doch aber die gesamte Fabrikinspektion Landesache, warum also die Verginspektion abgeben. Er verlangte in geheimer Wahl gewählte Arbeiter-vertreter. In England existieren sie, dort ist aber von einer sozialistischen Propaganda nicht die Rede. Sie sind aber zur Verhütung von Ungländen nicht nötig, denn es wird in Preußen speziell mit der größten Sorgfalt und Vorsicht vorgegangen. Der Vergbau ist ein sehr gefährliches Gewerbe, es läßt sich nur mit der Schiffsahrt vergleichen. Die von Herrn Hübe gewünschte Reform der Anapppschafsklassen würde dieselben völlig auf den Kopf stellen. Die geheime Wahl ist unmög-

lich. Restlos und politische Hölleleiten würden nur die Folge davon sein. Das Anapppschafswesen ist in seiner heutigen Gestalt vorzüglich, gerade für die Invaliden ist in ausgezeichneter Weise gesorgt. Die Leute, die den Vergbau aufgeben und einen anderen Beruf ergreifen, können natürlich ihre Rechte nicht behalten und es kann auch nicht verlangt werden, daß sie die gezahlten Gelder zurückhalten. Ebenso muß der junge Mann, der sich nicht verheiratet, für die Verheirateten, die Witwen und Waisen mitbezahlen. Die Anapppschafsklassen sind die einzige gesunde korporative Einrichtung. Sie wollen ein Reichsgesetz nur, weil Sie wissen, daß Sie in den Einzelstaaten mit Ihren Wünschen nicht durchkommen. Ich kann mir nicht denken, daß die verbündeten Regierungen diesen Weg gehen werden und in die Verghöheit der einzelnen Staaten eingreifen wollen. Ich weiß, daß der Antrag angenommen werden wird, aber ich wünsche aufrichtig, daß er nicht Gesetz werden möge. (Beifall rechts.)

**Abg. Horn-Sachsen (Soz.):**

Von Herrn v. Stumm ist nichts zu erwarten, wenn es sich um Förderung von Arbeiterinteressen handelt, seine heutige Rede hat wieder einen Beweis für die Nichtigkeit dieses Satzes geliefert. Ich will auch nicht auf Herrn Hilb eingehen, das wird mein Freund Sachse noch thun, ich will einziges über die Arbeitszeit in den Bergwerken sagen. Sie ist in Westfalen verhältnismäßig am längsten. In Sachsen und Obereschlesien ist sie länger, dort beträgt sie vielfach 12 Stunden. Die Bergwerke sind Betriebe, die Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährden. Solche Betriebe unterstehen den Verordnungen des Bundesrats. Das Eingreifen des Reiches ist also von selbst gegeben.

Herr Hilb sprach von den geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen. Er kennt wohl aber nur die westfälischen Verhältnisse, diese mögen etwas besser sein, als die übrigen in Sachsen und Obereschlesien, aber eine Verbesserung betragen auch diese gewiß. Das Rollen der Wagen hat Herr Hilb als einen Mißstand zugegeben. Die Ursache für diesen Mißstand liegt aber in der Mordarbeit zu Accordlohnern. Die Abzüge gehen manchmal in das ungenehmliche, sie betragen zweifeln dem Vohr einer ganzen Schicht. Das geht doch über die Hutshmut, und gesetzliche Bestimmungen gegen solche Strafzumessungen hat der Reichstag die Pflicht zu erlassen.

Herr Hilb will den Arbeitsvertrag aus einem Reichs-Vergesetz ausgeschieden wissen. Gerade hier zeigen sich aber die ärgsten Mißstände. Wie das Verhältnis der Arbeiter zu den Arbeitgeber im Anapppschafsklassenwesen aussieht, dafür nur ein Beispiel. Im September d. J. ist im Pannischen Grunde ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Die Arbeiter wollten Aufbesserung der Löhne und gewisse Wohlfahrtseinrichtungen, auch hatten sie Klagen über Sonntagsarbeit und Heberstunden. Junner hatte man die Arbeiter mit Beschuldigungen eingehalten, trotzdem die Löhne nur 2,60—3,10 M. pro Tag betrugen. Gegen Westfalen ein großer Unterschied, wo die Vergleute, wie Herr Hilb sagt, jährlich 1350 M. verdienen sollen. Schliesslich ist ihnen die Gebüß gerissen, sie haben 4,40—4,60 M. Lohn verlangt bei achtstündiger Schicht. Das entspricht so ungefähr den westfälischen Löhnen. Natürlich nur für wirkliche Häuser. Die übrigen Kategorien begnügen sich mit niedrigeren Löhnen. Außerdem verlangen sie Brandebäder, Vereitigung der Sonntags- und Heberarbeit. Das sind gewiß keine übermäßigen Forderungen, aber die Verwaltung wollte absolut nichts davon wissen. Die Vergleute erhielten nicht einmal einen Bescheid auf ihre Eingabe. Sie hielten nur eine Versammlung ab, in der eine Kommission gewählt wurde, die nun mündlich mit den Direktoren in Verbindung treten sollte. Diese Herren suchten die Arbeiter nun wieder zu verströfen. Aber das die Ende kam noch nach. Viele Arbeiter wurden entlassen und andere wurden bestraft, weil sie einen Tag gestreikt hatten, mit einem bis drei Sachschlohnern. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Bergmann Silbermann wurde sogar mit 9,60 M. dem Verdienst für drei Arbeitsschichten bestraft, weil er angeblich gelogen haben sollte. Im Arbeitsvertrag steht nichts davon, daß Arbeiter für eine Unwahrheit bestraft werden sollen. 119 Förderleute wurden abgelegt, weil sie länger als einen Tag gestreikt hätten, und diejenigen, die sich nachträglich meldeten, wurden mit 4 M. bestraft; einen Tagesperdienten von dieser Höhe giebt es nach den eigenen Ausführungen des Abg. Hilb in den westfälischen Bergwerken nicht. — Man hat den entlassenen Arbeitern in ihre Entlassungszeugnisse eingeschrieben, daß sie auf Grund einer Jiffer des allgemeinen Vergesetzes vom Juni 1908 entlassen worden sind, weil sie länger als einen Tag ohne Zustimmung gestreikt haben. In der Gewerbe-Ordnung, der, wie ich Reichsgesetz ist, die Landesgesetze sich anuppassen haben, heißt es, daß in dem Arbeitszeugnis keine Eintragung sich befinden darf, die geeignet ist, dem Arbeiter in seinem Fortkommen zu hindern. Hier ist es aber doch geschehen und zwar auf Grund eines veralteten Gesetzes. Dieser Vorgang beweist wieder deutlich die Notwendigkeit eines allgemeinen Vergesetzes, welches die Sondergesetze beseitigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Am schlußmüsten ist, daß man die Bestimmung des sächsischen Vergesetzes beibehält, daß die Arbeiter um ihre eingezahlten Beiträge zu bringen. Bei dem Verg-Schiedsgericht in Freiberg lief eine Beschwerde ein. Nun will ich hier gleich bemerken, daß die Behauptung des Herrn v. Stumm, die Verg-Schiedsgerichte befänden zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer, auf das sächsische Verg-Schiedsgericht nicht zutrifft. Damals haben an der Sitzung beiderseits der Verginspektor Dr. Areyshmar als Vorsitzender, sowie ein Falter und ein Steiger, sodann zwei Arbeiter teilgenommen; von einer gleichmäßigen Zusammensetzung des Schiedsgerichts kann also keine Rede sein. Aus dem Spruch des Gerichts und namentlich aus der Begründung ergibt sich, wie es mit der Koalitionsfreiheit der Bergarbeiter in Sachsen thatsächlich aussieht.

Die Kläger wurden mit der erhobenen Klage abgewiesen. In der Begründung heißt es unter anderem: Nach § 60 des Anapppschafsgesetzes vom 2. April 1884 hat ein dergestalt — wegen unentschuldigter Fortbleibens — entlassener Arbeiter keinen Anspruch auf Erstattung des rückzahlbaren Teiles der Pension-Kassenbeiträge. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter heißt es in der Begründung u. a.: „Das Schiedsgericht hatte die Frage zu verneinen, ob die Bestimmungen des sächsischen Vergesetzes durch den § 153 der Gewerbe-Ordnung aufgehoben werden. Im § 153 ist darüber in keiner Weise eine Bestimmung getroffen, welche Rechtsfolgen eintreten, wenn die auf Grund dieses Paragraphen ermöglichte Arbeitervereinigung zur Arbeitseinstellung und insbesondere zum Kontraktbruch thatsächlich voridreitet. Diejenigen Gesetze, Vertrags- und sonstigen Bestimmungen, welche sich nicht gegen die Vereinigung der Arbeiter, sondern nur gegen den von solchermaßen vereinigten Arbeitern ausgehenden Kontraktbruch richten, werden von § 153 nicht berührt. Hieraus wird das beklagte Werk durch § 153 der Gewerbe-Ordnung nicht verhindert, die Kläger, welche ohne Urlaub länger als einen Tag von der Arbeit weggeblieben waren, deshalb sofort zu entlassen und, daß dieses geschehen, im Abgangszeugnis zu vermerken. Die Kläger müßten deshalb mit ihren Klagen auf entsprechende Abänderung des Abgangszeugnisses abgewiesen werden.“

Daraus, meine Herren, können Sie ersehen, wie es mit der Koalitionsfreiheit der sächsischen Bergarbeiter steht. Sie verlieren ihre Ansprüche auf die Anapppschafskasse in allen Fällen, ob sie mit, ob sie ohne Kontraktbruch die Arbeit einstellen; denn im letzteren Falle wird die Einstellung als freiwilliger Abgang betrachtet und dieser beruht nach den Bestimmungen des sächsischen Vergesetzes gleichfalls die Arbeiter der Ansprüche an die Kassen.

Meine Herren: Solchen Zuständen gegenüber — und in anderen deutschen Ländern werden sie kaum anders und besser sein — kann man die Notwendigkeit, denselben durch ein allgemeines Vergesetz ein Ende zu machen, nicht bestreiten. Nur ein solches kann den Bergarbeitern die Freigigigkeit schaffen, die den anderen Staatsbürgern durch die Gewerbe-Ordnung gewährleistet ist. Vor dem Erlaß eines Vergesetzes existiert das Koalitions- und Vereinsrecht für die Bergarbeiter nicht. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Cretel (L.):

Wir haben bereits im Dezember 1896 erklärt, daß wir für eine reichsgesetzliche Regelung dieser Frage nicht sind, weil die Verhältnisse in den verschiedenen Staaten zu verschieden sind.

Die vermehrte Zahl der Krankentage, auf die er hinwies, hängt oft auch mit Epidemien zusammen. Gerade in den Jahren, die er als besonders reich an Krankentagen bezeichnet hat, hat in verschiedenen Bergwerksbezirken die Influenza-Epidemie geherrscht.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 7. Dezember. Opernhaus. Die Gräfin. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Torquato Tasso. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater (Wallner-Theater). Donnerstags, abends 8 Uhr: Cyrienne.

Cirkus Busch. Donnerstag, d. 7. Dez., abds. 7 1/2 Uhr: Elite-Abend.

Die Camorra. Von der gesamten Presse als das größte und importanteste Sensations-Schauspiel d. Jahrhunderts anerkannt.

Stach und Milton. Melodram auf dem dreifachen Red. Noch nie dagewesen.

Morgen, Freitag, 8. Dezemb., abds. 7 1/2 Uhr: Opernvorstellung.

Sonntag, den 10. Dezember, Nachm. 4 Uhr: Signor Rogito mit seinen dreißig Affen u. Olympische Spiele.

Arbeiter-Sängerbund.

Sonnabend, den 9. Dezember 1899, Brauerei Friedrichshain:

Stiftungs-Fest.

Folgende Lieder werden gesungen: „Die Freiheit“, „Sängermarsch“, „Sängergesang“ und „Bundeshymne“.

Central-Theater

Die Geisha. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntagabend, 3 Uhr zu haben.

Carl Weiss-Theater. Der Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. früber Feen-Palast, Burgstr. 22. Das riesengroße neue

Dezember-Programm! 10 erstklassige Spezialitäten.

Ein Morgen in Süd-Afrika. Große anatomische Fantomnie.

Susanne im Bade. Anf. 7 1/2 Uhr. Kassensammlung 6 1/2 Uhr.

Maehrs Theater. Oranienstr. 24. Freitag, den 8. Dezember er.

Der Teiermann und sein Pflegekind. Soltschick in 5 Akten von Charlotte

Metropol-Theater. Bohrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz.

Liane de Vries. Sigmund Steiner. Mirano.

Mary Wolf. Brothers Ceado. Freres Kulper. Franc. Rivoli.

The 5 Greenwoods. Um 8 Uhr 40:

Rund um Berlin. Anfang 8 Uhr

nachgeprüft hätten. Von den ca. 60 Entlassenen haben aber nur zwei um Urlaub nachgesucht. Es handelte sich bei diesem Streit gar nicht um Erlangung besserer Lohnbedingungen, sondern um die geforderte Wiedereinstellung zweier entlassener widersperriger Bergleute.

Abg. Richter (freis. Vg.) erklärt sich kurz für die Anträge, bittet nur in dem socialdemokratischen Antrag die Worte: „noch in dieser Session“ durch das Wort „baldigst“ zu erregen.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): bestreitet die Richtigkeit der Ausführungen des Abgeordneten Sasse, die dieser über das Gedinge im Mansfelder Bergbau gemacht hat.

erklärt sich für den Antrag Leuzmann und sein Amendement auf Erlaß einer Bundesrats-Berordnung zum Zweck des Schutzes von Leben und Gesundheit der Arbeiter in Zinkhütten.

Abg. Singer (Soc.) bittet, den Antrag Agster u. Gen. dahin zu ändern, daß statt der Worte „bis zur nächsten Session“ gesagt wird „baldigst“.

Darauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Antrag der Freisinnigen

Volkspartei betr. das Erlöschen des Mandats des Abg. Jacobson. Dritte Lesung des Antrags Wassermann betr. das Vereinsgesetz.

Urania. Tanbenstrasse 48/49. In Theater abends 8 Uhr: „Der Sieg des Menschen über die Natur.“

Carl Weiss-Theater. Der Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. früber Feen-Palast, Burgstr. 22. Das riesengroße neue

Dezember-Programm! 10 erstklassige Spezialitäten.

Ein Morgen in Süd-Afrika. Große anatomische Fantomnie.

Susanne im Bade. Anf. 7 1/2 Uhr. Kassensammlung 6 1/2 Uhr.

Maehrs Theater. Oranienstr. 24. Freitag, den 8. Dezember er.

Der Teiermann und sein Pflegekind. Soltschick in 5 Akten von Charlotte

Metropol-Theater. Bohrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz.

Liane de Vries. Sigmund Steiner. Mirano.

Mary Wolf. Brothers Ceado. Freres Kulper. Franc. Rivoli.

The 5 Greenwoods. Um 8 Uhr 40:

Rund um Berlin. Anfang 8 Uhr

Urania. Anatomisch. Museum. Dienstags für Damen.

Passage-Panopticum. Neu! Anatomisch. Museum. Dienstags für Damen.

Passage-Theater. Beginn des Konzerts 6 Uhr, der Vorst. 7 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM. Präsident von Transvaal „Ohm“ Krüger

General Joubert mit kriegsgerüsteten Boeren.

Apollo-Theater. Nur noch kurze Zeit: The Gothams. Mary Werder.

Dressierte Füchse, vorgeführt von Prof. E. Bonetty.

The Haytons. Brüder Willé. Cäcilie Carola.

Adolf Trio. Schindler. Der Kosmograph etc. etc.

Im Reiche des Indra. Vorverkauf täglich im Theater, beim „Künstlerdank“.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a. Hoffmanns Norddeutsche Säger.

Heute, Donnerstag: Zum 700. Male: Lene, liebe Lene!

American-Theater. Dresdenstr. 96. Dir.: Emil Schnabl.

„Berlin ulkt!“ mit neuen Einfagen. Anfang 8 Uhr. Kassensammlung 7 Uhr.

W. Noacks Theater. Blumenstraße 16.

Der Trompeter von Säckingen. Romantisches Schauspiel mit Gesang in 3 Akten (7 Bildern)

Cirkus Alb. Schumann. Heute, Donnerstag, den 7. Dezember, abends präc. 7 1/2 Uhr:

Der erste Schläger der Saison! Größtes Ritterturnspiel

Schwarz und Weiss. Die Original-Transvaal-Boeren.

Great American Attraction. Das größte Wunder des Jahrhunderts. Speziell f. Berlin engagiert.

Halb Mensch, halb Pferd und Major Page.

Reichshallen. Stettiner Säger. Zum Schluß: „Tenoristen-Vogel“.

Tagelöhne 11-1. Anf. präc. 7 Uhr.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau.

Oranienstr. 30 Ecke Adalbertstr. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Dienstag, den 5. d. Mts., verstarb plötzlich am Herzschlage unser alter Mitstreiter, der Redacteur

Joseph Dierl genannt Roland

im fast vollendeten 70. Lebensjahre. Die Beerdigung findet Freitag, den 8. d. M., vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofs in Friedrichshain aus statt.

Die Vertrauensperson. Unserem Sangesbruder Max Iergang zu seinem heutigen Wogenfeste ein dreimal donnerndes Hoch.

Danksagung. Allen Verwandten und Bekannten, besonders meinen Kollegen der Firma V. Röme u. Co., sage ich für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau Emilie geb. Ziegler meinen besten Dank.

Danksagung. Für die Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen meinen besten Dank, insbesondere dem Gesangsverein Verehrlichkeit.

Hans Kayser. Götliner Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

I. Wahlkreis. Sonntag, den 10. Dezember, abends 6 Uhr, in Cohns Festsälen, Benthstraße 20:

Gr. öffentliche Versammlung. Vortrag des Reichstags-Abg. Rechtsanwalt Wolfgang Heine:

Nachdem: Gemütliches Beisammensein. Eintritt 20 Pf. inkl. Garderobe und Tanz.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr, in Feuersteins Saal, Alte Jakobstr. 75:

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Max Schippel: „Von der Erklärung der Menschenrechte bis zum allgemeinen Wahlrecht.“

Orts-Frankenkasse der Gürtler. Die Arbeitgeber, welche für von ihnen beschäftigte Kassenmitglieder Beiträge aus eigenen Mitteln zahlen, werden zu der am

Wer-Stoff-hat fertige Anzüge, 20 M., haltbare Anzüge, zwei Anproben, nur unter Garantie für guten Sitz.

Inh- und Badlin-Resfe. (Vot) billig. Gelegenheitskau. Valcostrasse, reine Wolle, v. 8 M. an.

Ludwig Engel, Münzstr. 29 und Brunnenstr. 66.

Fr. C. Henke. Rathenowerstr. 49, 1. Ecke Perlebergerstrasse.

Naturheilverfahren. Ich heile ohne Berufshilfe alle Männer- und Frauenleiden, ebenso Nieren- und Blasenleiden.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau. Oranienstr. 30 Ecke Adalbertstr.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

Coulaueste Beliebtheit

Streng feste Preise

# Geschäftserweiterung Kaufhaus Max Mannheim, Berlin O.

89. Frankfurter Allee 89.

Nach beendigem Umbau eröffne ich am **Sonnabend, den 9. d. M.**, einen

## „Grossen Weihnachts-Ausverkauf“

in allen Abteilungen meines Kaufhauses.

Kleiderstoffe, Sammet- u. Seidenwaren, Leinen- u. Baumwollenwaren, Wäsche, Schürzen, Teppiche, Gardinen, Portieren, Läuferstoffe, Tricotagen, Weiss-, Tapiserie- u. Wollwaren, Damenputz, Bettfedern, fertige Betten und Bettstellen, Konfektion zu bedeutend ermässigten Preisen.

## Gratisverteilung am Eröffnungstage

und so lange der Vorrat reicht

1 geschliffenen Pokal mit Goldrand und Inschrift schon bei Einkäufen in Höhe von 50 Pf.

# Kaufhaus Max Mannheim, Berlin O.

89. Frankfurter Allee 89.

Komfortabel eingerichtetes Verkaufslokal.

Souterrain. Parterre. Erste Etage.

Elektrisches Licht  
eigene Kraftanlage.

Pferde- u. Stadtbahnverb.  
nach allen Richtungen.

Für Weihnachts-Einkäufe  
**Herren-, Damen- und Kinder-Wäsche**  
nur eigenes Fabrikat, gute Stoffe und saubere Arbeit.  
**D. Wurzel & Co., Wrangelstrasse 17.**

**Oberbruch-Waist-Gänge**  
erhalten wir täglich frisch geschlachtet und helfen solche zum billigsten Preise zum Verkauf.  
**A. Klein & Co.,  
Marktthale Wedding, Stand 19.**

Passende  
**Weihnachtsgeschenke**  
Verstellbare Schlafmöbel.  
Bettsofas ein- u. zweifach, in jeder Lage zu handhaben.  
Bettstühle, Chaiselonguebett mit verstellb. Kopf- u. Fußteil mit elast. Sprungfeder-Polster, von 16,50 M. an, mit Bettbezüge bis 55 M. Eisernes Bettstellen für Erwachsene u. Kinder.  
**Chr. Hauffler, Tapetier, Lothringergasse 27.**

Für Vereine  
offertiere zu Weihnachtsbescherungen  
Geldentwürfel, E. Loewicke, Alte  
Zafobfrage 18/19. 1176b

Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, in der  
Unions-Brauerei, Hasenheide 22:  
**Männervortrag**  
über:  
**Was muß jeder Mann wissen?**  
vom prof. Naturheilk. **Grundmann** demonstriert an großen Lichtbildern.  
Eintritt 20 Pf., dafür eine Broschüre.  
**Verein für Naturheilverfahren.**  
Geschäftsstelle jetzt Köpenickerstr. 72. Sprechst. 11-1, 6-8.  
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Tellz. wöchentl. 1 M.  
**Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.**

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Deutschr. 3 bis 2 Uhr angenommen.

Jedes Wort: **5 Pfennig.**  
Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

### Verkäufe.

**Destillation** fruchtbarster sofort brauchlich Höchstpreise 20, parterre.  
**Angeschmiedete** Damenhemden mit hübscher Handstickerei, Keilwasser, fest taubellos, von 1,10 an. Oberste Damenhemden mit eleganten Stickereien von 1,30. Handstickerei: Wäsche, Handtücher, Alexanderstraße 30, Souterrain I. 1298b  
**Möbel** auf Teilzahlung Teilmann, Prinzenstraße 62. 11176b  
**Möbel**, bar und Teilzahlung, billigst. Frankfurter Allee 110, I. Gde Königsbergerstraße. 2578  
**Strickmaschinen**, neues Fabrikat, auch auf Teilzahlung. Gehaus Herderstr. Engelstraße 20. 13745  
**Gasfächer**, praktisches Weihnachts-Geschenk, Sparfüßer, Preis 6,00, Dreifach 10,00. Gasplättchen billig. Gasdratzen 12,00, Gasheizkörper 9,00. Teilzahlung. **Wohlfahrt**, Wollnertheaterstraße 26/27, (Rein Baden) 11061b  
**Fahrräder**, deutsche Marken, von 120 Mark an, auch Teilzahlung. Elektrische Anlagen R. Gabriel & Co., Mechaniker, Schwabenberg, Siegfriedstraße 3. 734  
**Schirme**, nur eigenes Fabrikat, billig, Reparaturen, Bezüge schnellstens. Guttmann, Wälden Allee 4 und Königsplatz, Wälden Alexanderplatz. 1221b  
**Garder** Kanarienvogel, edle Nachtweihen, junge und sprechende Vögelchen im Restaurant Kommandantenstr. 52. 1228b  
**Gebrauchte** eiserne Oefen, Kachelöfen, Saal-, Dauerbrände, in allen Größen, eigene Glitter mit Holz und Kohle, Kachelöfen mit Patenten, Kronen, Vögel, Doppelarme an Gas und elektrisch, Schilde, Vorleger, Kachelöfen, zur Gabeln passend, billig Carl Konigsmann, Müllerhofstraße 19, am Urban. 1218b

**Möbelverkauf**, Oranienstraße 73, zwischen Kottbuscher- und Alexanderstraßen, in neuem vier Etagen hohen Gebäude, großes Möbel-Specialgeschäft für Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein isoliertes Lager vor Eintausch zu besichtigen. Verlangen Sie mein größtes Musterbuch gratis und franco. Durch größere Rohmaterialien und Ersparnis der teuren Verarbeitungen bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 10000 Mark zu liefern. Fertige Anzimmers für Ansicht, Wohnungseinrichtungen auf Teilzahlung unter den billigsten Bedingungen. Besuchen ohne Anzählung. Eigene Tapetier- und Dekorateurwerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Braut-Möbelstück als Zugabe. Kleiderständer 20, Wäscheleiste, Kleiderständer 15, Kommode 15, Spiegel 7, Rüstel, Kleiderständer 35, Sofa 50, Bettstelle mit Matratze 18 Mark, Aufbaum- und Wabagoni formierte Kleiderständer, Vertikow 32 Mark, Rüstelbettstelle mit Sprungfederboden 40, elegante Truhen 45 Mark, Salon-Garnitur 60, 75 und 105 Mark, Kaminofen mit Sattelstufen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeschmücktes Buffet 100 Mark. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräte vertrieben, gewissermaßen Teil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher und feiner Möbel. Geliebte Möbel werden 3 Monate kostenfrei ausbewahrt, durch eigene Gewerbe in die Wohnung gebracht und angebracht, auch außerhalb.  
**Garder** Kanarienvogel, Nachtweihen a 5-10 M. Versand gegen Nachnahme auf Probe. G. Stephan, Hameln. 1345b  
**Damenjacketts** billig. Braunstraße 38, 1. Etage. 149b  
**Bettfedern**, Stroh, Bambus, E. D. Kramer, jetzt Ballstraße 16.

### Vermietungen.

**Zimmer.**  
Möbliertes Zimmer für 2 Herren oder Damen (a 8 M.) taglich oder später zu vermieten. Eine Kottbuscherstraße 54, Seitenflügel III.

### Vermischte Anzeigen.

**Charlottenburg**, für den opferwilligen Bestand während der Erkrankung, sowie die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden unseres treuen Gatten und lieben Vaters, des vorwortschleiers Bruno Jähner, sagen allen Freunden und Bekannten ihren herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen: Auguste Jähner, geb. Lorene Bauer, nebst Kinder. 1497  
**Elektrotechnik**, 5. Dezember neuer Abendkurs für Schlosser, Redakteur usw. zur Ausbildung als Praktischer Elektromonteur, Werkführer. Man informiere sich durch Prospekt und erklünde sich bei Schiller der Anstalt. Jackson, Alte Jakobstr. 24.  
**Electro**, Prinzenstraße 55. Neuer Abendkurs und Praktikum für Elektromonteur o. Dezember. 2188  
**Meyerlexikon**, Brochhaus, Bremen und andere wissenschaftliche Bücher kauft und beilicht Antiquariat Buchstraße 58 I. 2578  
**Vade-Machalt** Köpckestraße 60/61, an der Wilsdorferstraße. Jeder Art für sämtliche Krankenfällen.  
**Oranienstraße 108**, Bierhaus zum Erlanger, großer Mittagstisch mit Bier 50 und 75 Pf. und Abendstisch in civilen Preisen. 2898  
**Vereinszimmer** empfehle hier, Alte Jakobstraße 119. 788K  
**Handliche** Thierstraße 7/8.  
**Buchbinderarbeit** jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Sülfstraße 66, 2. Hof parterre. 908b

### Arbeitsmarkt.

**120 Maurer** werden eingestellt, Volker Rahl, Bismarckstraße 43. 290K  
**Bilderrahmenmacher** verlangt Goldschmiedefabrik Kottbuscher Ufer 32.  
**Gärtler** auf stützliche Instrumente verlangt Coewenheit, Große Hamburgerstraße 3. 7816  
**Metallschleifer** auf stützliche Instrumente verlangt Coewenheit, Große Hamburgerstraße 3. 7815  
**Farbigenmacher** verlangt. Stall-schreiberstraße 18. 12615  
**Proletarier** - Familie von 4 Personen sucht eine Frau zur Führung der Wirtschaft. Adressen L. K. Vohmann 27. 1296b  
**Verhämchen**, Monat 15 Mark, verlangt. Biene, Apostel Paulusstraße 21, Hof I. 1264b  
**Verhämchen** für Blumenabrit verlangt. Verlach, Wassertorstraße 51.  
**Wach-Handblöcker**, tüchtige Arbeiterinnen auf Wach-Handblöcker, die bei sauberer Ausführung hohen liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen, unter Vorlage von Probearbeit, bei Dräger & Fiedemann, Kurstraße 47/48, III. 1250b  
**Lumpenfortiererin** verlangt. Koch, Frankfurter Chaussee 133. 1171b

**Gebilde** Rodarbeiterinnen finden sofort Beschäftigung bei Harang, Lindenstraße 112. 1257b  
**Unterred**, tüchtige Arbeiterinnen auf bessere konfektionierte Unterred, die bei sauberer Ausführung hohen liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen, unter Vorlage von Probearbeit, bei Dräger & Fiedemann, Kurstraße 47/48, III. 1250b  
**Bodenerinnerin** verlangt. Pauli, Zucht, Eigarrenfabrik, Panlow, Berlinerstraße 29. 1342b  
**Arbeiterinnen** verlangen. Gebr. Schenck u. Co., Charlottenburg, Salzstraße 2. 14919  
**Zu Arbeitsmarkt** durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.  
**Schloßer**, der schon auf Holzstraßen gearbeitet, sucht sofort bei hohem Accord. 128/17  
**Klaus, Krautstr. 39.**  
**Achtung, Holzarbeiter!**  
Der Streit bei Abels & Co. dauert fort.  
**Achtung! Drechsler!**  
In den Kladderwarenfabriken von **Gabitz u. Comp.**, Sebastianstr. 61, **Goldschmidt u. Comp.**, Ritterstr. 40, **Rohheit u. Pfeifer**, Behrstr. 7, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.  
**Zugung fernhalten.**  
Die Erbsverwalter.  
**Achtung! 12797**  
**Bautischler!**  
In der Bautischlerei von **S. I. G. S.** **Rigdorf**, Straße 23, suchen die Kollegen wegen Differenzen im Streit. Zugung ist fernzuhalten.

**Kommunales.**

In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbau-Deputation teilte der Stadtbaurat Hoffmann mit, daß außer den vorgelegten Entwürfen zu 6 neuen Schulgebäuden vor der Staatsberatung noch weitere 5 Entwürfe zu Schulgebäuden vorgelegt werden würden. 9 Schulbauten seien bereits in der Ausführung begriffen; bis zum nächsten Frühjahr würden also 19 Schulgebäude für zusammen 33 Schulen in der Bauausführung sich befinden. Die weiteren Schulgebäude würden im nächsten April übergeben werden. Die neue Irenhausanlage in Buch umfaßt 43 Bauten und ist für 1500 Iren bestimmt. Sie wird im Holzriegelbau ausgeführt werden.

**Lokales.**

Unser Kollege Emil Dierl (Moland) wird morgen, Freitag vormittag von der Leichenhalle des städtischen Central-Friedhofes in Friedrichstraße aus zur letzten Ruhe bestattet werden. An die Parteigenossen richten wir die Bitte, sich möglichst zahlreich an dem Trauergelage für unsern so jäh dahingerafften Mitkämpfer zu beteiligen.

Dritter Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntagabend 6 Uhr findet in Möhrings „Märkischem Hof“, Admiralstr. 18c, ein Familienabend, verbunden mit Tanzkränzchen, bei großer Orchestermusik statt. Am regen Besuch bittet  
Die Vertrauensperson.

Die Abtänkung der freisinnigen Partei zu Gunsten des Antisemitismus, die bei der Stichwahl im 45. Kommunal-Wahlbezirk erfolgte, wird durch folgende Zahlen illustriert. Am 6. November d. J. wurden bei der Ergänzungswahl 653 liberale Stimmen abgegeben. Es mußte zwischen dem Antisemiten und dem Socialdemokraten eine engere Wahl stattfinden, welche am 27. November vorgenommen wurde.

Bei der Stichwahl fielen von den 653 liberalen Stimmen ganze 44 Stimmen auf den Socialdemokraten, während 360 der freisinnigen Wähler die Antisemiten wählten und 249 Wähler ihre freisinnige Ueberzeugung dadurch zum Ausdruck brachten, daß sie sich von der engeren Wahl fernhielten.

Daß der ganze Troß der im Wahlbezirk wohnhaften Post-, Eisenbahn-, Polizei- und Steuerbeamten für den Antisemiten mobil gemacht wurde, haben wir schon berichtet. Und so zieht denn Herr Ulrich als ein freisinnig-behördlich geachteter Stadtverordneter ins Rathaus, wo die politischen Gesinnungsgenossen seiner freisinnigen Weisheit ihn hoffentlich als lieben Kollegen an ihre freisinnigen Herzschließen werden.

Was die Berliner Kommunalverwaltung sich sagen lassen muß. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Das bekannte socialpolitische Wohlwollen, durch das sich die Berliner Stadtverwaltung hervorzieht, hat soeben wieder eine neue Bethätigung gefunden. Nach dem Vorgang Charlottenburgs war in der Stadtverordneten-Versammlung der Antrag gestellt worden, die Erhebung der Gemeindesteuer Einkommensteuer für die Stufe von 600 bis einschließlich 900 M. im Betrage von 4 M. außer Hebung zu lassen. Der zur Prüfung dieses Antrages niedergesetzte Ausschuss hat sich jedoch für Ablehnung ausgesprochen und will nur gewisse Erleichterungen im einzelnen eingeführt wissen. Nun ist es ja nicht ausgeschlossen, daß die Versammlung selbst anders bestimmt; immerhin aber ist die Haltung des Ausschusses bezeichnend; besonders wenn man an so manches denkt, was in Berlin auf diesem Gebiete schon früher und auch ganz kürzlich wieder, als die Sonntagsruhe auf der Tagesordnung stand, geleistet worden ist; und das, obwohl es sich im letzten Falle darum handelte, der sonst so gefährdeten Socialdemokratie in den Arm zu fallen und ein „paroli“ zu bieten. Auch von seiner Befugnis, die Heimarbeit durch Ortsstatuten in die Krankenversicherung herein zu ziehen, hat Berlin bekanntlich, wie man weiß, keinen Gebrauch gemacht. Hier muß alles von Reichs wegen geregelt werden, aber den Ruhm, eine „Mutterverwaltung“ zu sein, läßt man sich trotzdem um keinen Preis nehmen!

Selbst von liberaler Seite wird sich dieser Anklage gegenüber nichts zur Verteidigung vorbringen lassen.

Das Flugblätter-Verbot des Rectors der Universität, welches auch gegen die von „alten Herren“ unterzeichneten Blätter ausgedehnt worden ist, hat jetzt aufsehenerregende Kreise veranlaßt, die Agitation in die Hand zu nehmen, um eine Stärkung zu den Ende dieser Woche bevorstehenden Wahlen für das Directorium der Akademischen Lesehalle herbeizuführen. So hat der Redacteur, H. v. Gerlach, zu Freitagabend eine Studentenversammlung eingeladen und alle Mitglieder der Lesehalle brieflich dazu eingeladen. Der Rector hat erklärt, er könne zwar die Versammlung nicht verbieten, werde aber gegen alle Studenten einschreiten, die sich etwaige Ungehörigkeiten zu schulden kommen ließen. Wahlberechtigt sind 1638 Studenten. Der Modus ist derart, daß immer derjenige Kandidat gewählt ist, welcher 100 Stimmen auf sich vereinnigt.

Ein Ballon des deutschen Vereins zur Förderung der Luftschiffahrt, welcher am 2. d. M., morgens 9 1/2 Uhr, bei starkem Winde aufgestiegen war, landete nach zweistündiger Fahrt bei Krossen a. O. Die Luftschiffer fanden über den mehr als 1000 Meter hohen Wolken eine Temperatur von -8 Grad Celsius.

Das Berliner Adressbuch für 1900 ist soeben erschienen und gelangt von heute ab bis einschließlich Sonntagabend, den 9. d. M., in der Haupt-Expedition, Zimmerstr. 39/41, und zwar täglich von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zur Ausgabe. Von den Vorbestellern kann das Adressbuch aber nur gegen Auszahlung der ihnen zugegangenen Legitimationskarte in Empfang genommen werden. Von Montag, den 11. d. M., erfolgt die Zustellung der nicht abgeholtten Exemplare durch besondere Boten gegen eine Uebermittlungsgebühr von 10 Pf. pro Exemplar für Berlin und von 20 Pf. pro Exemplar für die benachbarten Vororte. Der Verkauf nicht vorbestellter Exemplare zum Ladenpreise von 10 Mark (für die Ausgabe in zwei Bänden) findet nur in der vorgenannten Haupt-Expedition statt. Auf 3472 Seiten Groß-Quart-Format verteilt sich der gesamte Inhalt; davon führt der Einwohner-Nachweis über 450 000 Adressen auf, und mehr denn 50 000 Firmen sind in den etwa 1700 verschiedenen Branchen des Gewerbe-Nachweises vertreten.

Ein entsetzlicher Schitt. Der Sohn eines höheren Beamten aus Charlottenburg, so lesen wir in „Berl. Tagebl.“, kam auf die abenteuerliche Idee, das behagliche elterliche Heim zu verlassen und sein Glück als -Vader zu versuchen. Am vorigen Donnerstag lehrte in einer Herberge zu Spandau ein junger Bursche, gut gekleidet und mit einigen Geldmitteln versehen, ein, der Kostquartier wünschte. Er erzählte, daß er sich eine Stelle als Wäckerlehrling suchen wollte. Am nächsten Morgen hielt er in den Wäckerien der Stadt Nachfrage und wurde schließlich vom Wäckermeister Kreuschner am Streifenplatz in die Lehre genommen. Der neue Bursche nannte sich Albert Schmidt und gab an, daß seine Eltern in einer kleinen Stadt der Provinz wohnen; Papiere habe er nicht bei sich, der Meister sollte nur an die Eltern schreiben, die würden das Gesforderte schon senden. Der Lehrling erwies sich sehr brauchbar, und der Meister richtete an die angegebenen Adresse einen Brief; dieser kam aber als unbestellbar zurück. Der Meister nahm nunmehr den Burschen in ein strenges Verhör und brachte ihn schließlich

auch zum Geständnis. Danach war der neue Wäckerlehrling der 15-jährige Sohn eines Obergerichtspräsidenten-Rats. Der junge Mensch, Oberbretliner, hatte sich heimlich aus dem elterlichen Hause entfernt, um sein Glück in der Fremde zu suchen. Er befindet sich bereits wieder bei seinen Eltern. Diese stehen vor einem Rätsel. Was kann es bedeutsameres geben, als wenn ein Bourgeoisprohling, dem es an nichts mangelt, auf die Idee kommt, in die fernere als das Innere Afrikas von seiner Sphäre abliegende Welt des Proletariats hinauszusteigen? Wenn der Knabe nur nicht - wir wegen den schrecklichen Verdacht kaum auszusprechen - in die Fußstapfen des Pastors Göhre tritt, der seine verruchte Laufbahn ja auf dieselbe Weise begann!

Die Verdrigung des Verlagsbuchhändlers Leopold Ullstein hat am gestrigen Vormittag um 9 1/2 Uhr vom Trauerhause, Königin-Augustastrasse 38, aus unter sehr starker Beteiligung stattgefunden. Die Stadtverordneten-Versammlung war durch die Stadtv. Seibert und Perls vertreten. Vom Magistrat war Herr Stadtrat Ringdan erschienen. Gegen 10 Uhr setzte sich der Leichenzug in Bewegung, dem sich viele hundert Equipagen anschloßen. Die Beisetzung erfolgte auf dem israelitischen Begräbnisplatz in der Schönhauser Allee.

Die Eröffnung der Spretunnelbahn für den allgemeinen Verkehr ist jetzt auf Montag, den 18. Dezember, angesetzt worden. Wie berichtet, hatte die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen schon am 27. November einen Probebetrieb auf der ganzen Strecke zwischen Treptow, Stralau und dem Schlesischen Bahnhof eröffnet. Dieser Betrieb dient lediglich dazu, um das zum großen Teil ungeschulte Personal einzulüben.

Zur Frage der Kinderarbeit. Bei der Arbeit ist gestern Abend der 11 Jahre alte „Kollomp“ Ernst Kidel aus der Rehnerstrasse 6/7 schwer verunglückt. Der arme Junge half in der Hofstraße Ästen ausladen und fiel dabei vom Wagen herab. Eine nachstürzende Kiste fiel ihm auf beide Beine. Mit einem Bruch beider Oberschenkel wurde der Verunglückte durch einen Schwamm der Bezirkswache 1 einem Krankenhaus zugeführt. Die vielen solcher Opfer sollen der Prohibitur noch gebracht werden, bis die Manchesterleute in der Kommune sich zu wirksamem Kinder-schutz bequemen?

Zu dem Kapitel „Die Künstlerinnen reisen“ hat der Premierabend der Döberischen Oper „Die Grille“ im königlichen Opernhaus eine außerordentlich glückliche Premiere gegeben. Die Vertreterin der Litalpartie, Frau Herzog, hatte am folgenden Abend in Nürnberg ein Gastspiel zu absolvieren. Da der einzige Junge, den die Künstlerin benutzen konnte, um 10 Uhr 25 Minuten abends vom Anhalter Bahnhof abgeht, so mußte die Aufführung spätestens um 10 Uhr zu Ende sein. Es sollte aber, wie so oft in der Welt des hellen Scheins, anders kommen. Infolge der hochförmlichen Art, wie Herr Lieban sein „Schneiderlein“ vorträgt, erzwang das Publikum sich ein da capo und die Oper endete sechs Minuten später. Trotzdem erreichte Frau Herzog noch den Zug, und zwar auf folgende Weise: Nachdem der Vorhang gefallen war, stürzte sie in ihre Garderobe. Hier stand bereits die Garderobiere mit dem Reife-mantel. In fliegender Hast vertauschte Frau Herzog den Reife-schmuck, den sie als Grille trägt, mit ihrem Hut und schlüpfte un-abgeschminkt und ohne sich umgesehen zu haben, also mit dem Theater-kostüm, in den Mantel. Dann ging's im Sturmschritt die Treppe hinunter zum Ausgang, wo die Hofe der Sängerin mit dem Wagen schon wartete, und im sauberen Galopp zum Bahnhofe. Zwei Minuten vor Abgang des Zuges trat das Gefährt dort ein, die Fahrkarte war bereits gelöst, das Gepäck schon aufgegeben. In der nächsten Minute befand sich die Künstlerin in ihrem Schlafwagen und der Zug rollte aus dem Bahnhof hinaus. Jetzt erst fand sie Zeit, sich abzuschminken - das Schuwerk hatte sie auf der Fahrt zum Bahnhof gewechselt - und das Grillenkostüm mit dem Reifekleid zu vertauschen. So kam sie wohlgenut und pünktlich in Nürnberg an, um dort abends mit dem gewohnten Erfolg zu singen. Das Berliner Publikum aber, das sich Tags zuvor gewundert hatte, weshalb Frau Herzog trotz der säkularisierten Her-vor-rufe am Schluß der Vorstellung nicht mehr vor der Gardine erschienen war, hat jetzt die Lösung dieses Rätsels.

Auf einen jungen Schwindler, der in der Gegend des Hallschen Theaters mehrfach Geschädigte geschädigt hat, ist die Polizei aufmerksam gemacht worden. Ein junger Mann giebt sich für den Sohn des Förstners aus, der früher jahrelang im Rother-schen Stift in der Wellenallee 1-3 angestellt, und in jener Gegend sehr bekannt war und erborgt sich mit Verzeihung auf ihn unter allerlei Vorwänden Geld, ohne an das Wiedergeben zu denken. Der Schwindler kam an den Tag, als er in dem Cigarrengeschäfte von Hiller in der Wäckerstr. 1 den Verkäufer Neumann zum zweiten-male anborgen wollte, da er wohl vergessen hatte, daß er schon einmal bei ihm gewesen war.

Zeugen gesucht. Wie wir gestern mitteilten, ist der Antscher des Wäckerwagens, der Montagabend Ecke der Forst- und Stahoch-strasse einen jungen Mann überfuhr, unerkannt entkommen. Der Schwager des Schwerverletzten, Otto Anton, Bornsdorferstr. 56 II, ersucht nun die Zeugen des Vorfalls, ihm Mitteilungen zukommen zu lassen, durch welche sich die Feststellung des frevelnden Antschers ermöglichen lassen könnte.

Große Unterschlagungen und Betrügereien hat sich der Expedient einer hiesigen Buttergroßhandlung zu schulden kommen lassen. Zahlreiche mit der Firma in Verbindung stehende Wollerei-gesellschaften erhielten dieser Tage in „Geldbriefen“ statt der er-warteten Begleichungen der Rechnungen aber gefälschte Waren-sendungen Zeitungsmaterial. Es stellte sich heraus, daß die dem Expedienten zur Abfindung übergebenen, zum Teil recht beträcht-lichen Beträge von diesem zwar deklarirt, aber nicht zur Kost gegeben waren. Die veruntreuten Summen sollen insgesamt mehrere Tausend Mark betragen.

Auch die Pantinen und Pantinen-Fabrikanten Berlins und Um-gegend beschloß in seiner letzten Versammlung am 19. November, seine Erzeugnisse infolge der fortwährenden Erhöhung der Rohprodukte um 10-15 Proz. zu erhöhen.

Zu dem schweren Unfall in der Egerstrasse, bei dem am Dienstagabend der 13-jährige Sohn Albert des Pferdebahnhofs-Eggers aus der Stromstrasse 49 überfahren und getötet wurde, wird mitgeteilt, daß der schuldige Antscher noch nicht ermittelt ist. Zeugen des Unfalles wollten an dem rasch davonjagenden Millwagen die Geschäftsbezeichnung der Gesellschaft für Staubfreie Mähfabrik-Gebäude u. Co., am Rordufer 3a, gesehen haben. Auf ihre Angaben hin wurden noch am selben Abend die Antscher dieser Gesellschaft polizeilich vernommen. Der einzige Antscher, der mit seinem Wagen um die kritische Zeit in jener Gegend gewesen ist, bestreitet ent-schieden, an dem Unfall irgendwie beteiligt zu sein. Zugleich ist durch einen Inspektor der Gesellschaft festgestellt worden, daß die Pferde mit dem Wagen, durch den das Unglück angerichtet sein soll, an der Abfahrtsstelle ganz trocken angekommen sind. Das wäre un-möglich gewesen, wenn sie auch nur kurze Zeit in idarstem Trab oder gar Galopp gegangen wären. Der beschuldigte Antscher wurde gestern von der Kriminalpolizei noch einmal vernommen. Er blieb auch hier dabei, daß er schuldlos sei.

Feuerbericht. Mittwoch früh 6 Uhr kam Mauersstrasse 44 in einer Buchbinderei ein Schadenfeuer aus, das Regale und Papier-vorräte einäscherte. Dasselbe war der Fall bei einem Brande, der kurz vorher Friedrichstraße 66 in einer Buchhandlung ab-gebrannt worden mußte. Die Nacht zum Mittwoch brachte neun Feuernmeldungen. Matternstrasse 18 wurden Möbel in einem Zimmer eingekäschert. Ein Alarm nach Gartenstrasse 16 war auf die Explosion einer Petroleumlampe zurückzuführen, wobei eine

Bretterwand Feuer gefangen hatte. Zur selben Zeit ging Sophienstraße 12 Wasche in Flammen auf. Ein Kellerbrand veranlaßte ein Umrücken nach Chausseestrasse 63. Die Wehr hatte hier längere Zeit mit dem Löschen und Aufräumen zu thun. Eingekäschert wurden im Lagerkeller Haus- und Küchengeräte, und ist der entstandene Schaden erheblich. Friedrichstraße 68 hatte der Fußboden und das Balkenlager Feuer gefangen und ver-ursachte das Vloflegen des Brandherdes der Wehr viel Arbeit. Außerdem waren Altonaerstrasse 11 und Mulackstrasse 78 noch kleinere Zimmerbrände zu beseitigen.

**Aus den Nachbarorten.**

Zu Nizdorf findet heute Abend bei Gröpler, Bergstraße 147, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die am hiesigen Ort den 8. und 9. Dezember stattfindenden Gewerbe-gerichtswahlen. Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse Fritz Jubeil. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. - Hoffentlich zeigt die Arbeiterschaft Nizdorfs durch starken Besuch der Versamm-lung, daß sie Interesse an den Gewerbegerichtswahlen hat.

Zur Stichwahl in Spandau. Nur erst halbe Arbeit haben die vorwärtsstrebenden Spandauer Arbeiter bei den Hauptwahlen für die dritte Abteilung verrichtet, nur erst drei von den sechs Vertretern des Proletariats haben im ersten Ansturm das Stadt-verordneten-Mandat errungen.

Den Stimmigen allein, die da immer glauben, daß sie schon noch zurecht kommen werden, ist es zu verdanken, daß in einer Arbeiterstadt wie es Spandau ist, und wie kann eine zweite im Reich existiert, das Proletariat sich noch erst lange in der Stichwahl mit seinen Gegnern herumschlagen muß.

Spandauer Arbeiter! Wollen wir uns gründlich be-schämen lassen von unseren Klassenfeinden der weltabgelegenen badischen, sächsischen und obdenburgischen Landgemeinden? Wir, eine großstädtische Industrie-Arbeiterschaft vor den Thoren der Reichshauptstadt?

Das könnt Ihr nicht wollen, deshalb gilt es, bei der heute beginnenden Stichwahl alles nachzuholen, was bisher veräußt worden ist.

Den Trägern und Lässigen aber ein ernstes Wort: Wer giebt Euch denn ein Recht darauf, immer wieder zu erwarten, daß das kleine Häuflein der immer thätigen, pflichtbewußten Arbeiter für Euch die Kastration aus dem Feuerholt? Ist das Solidarität? Nein, Arbeiter, soll es besser werden und vor-wärts gehen, dann muß ein jeder seine Schuldigkeit thun.

Wollen wir in der Gemeindeverwaltung den berechtigten Forderungen der arbeitenden Klasse mehr Geltung verschaffen, dann ist das nur möglich, wenn die Mähererschaft der dritten Abteilung einmütig ihre Stimme für die Kandidaten der Arbeiterpartei abgiebt. Arbeiter! Unsere Gegner verfügen über alle Hilfsmittel und nützen dieselben im geheimen gründlich aus; sie stützen sich auf ihre wirtschaftliche Uebermacht und auf die Abhängigkeit der Arbeiter.

Erneuern, verdoppeln wir deshalb demgegenüber unsere Thätigkeit und der Sieg muß unser werden. Die Stichwahl findet Donnerstag, Freitag und Sonntag täglich in der Zeit von 10 bis 1 und 4 bis 8 Uhr im Restaurant Kleiner, Ritterstr. 12, statt. Von unserer Seite stehen die Kandidaten Scholz, Rieger und Anckel zur engeren Wahl!

Nizdorf. Jetzt ist auch in Nizdorf mit dem Bau der Nizdorfs-Mittlenwalder Kleinbahn begonnen worden. Der Bahnhof wird neben der Stadtbahnhofstation „Hermannstraße“ angelegt. Das Bahnterrain liegt hier in einem tiefen Bodeneinschnitt unter dem Strahlenniveau. In diesen Tagen ist man dabei, unter Benutzung kleiner Feldbahnen einen Damm herzustellen, der, in westlicher Richtung langsam emporsteigend, bei der Grenze zwischen Nizdorf und Tempelhof das Bodenniveau erreichen soll. Von hier aus wird die Bahn über eine Kurve südlich nach Veiy geführt werden, wo die erste Haltestelle eingerichtet werden wird.

Nizdorf soll in 24 Bezirke eingeteilt und mit Bezirks-vorsteher versehen werden. Die Vorbereitungen werden bereits ge-troffen, damit in allerhöchster Zeit der Stadtverordneten-Versammlung eine entsprechende Vorlage zugehen kann.

Die Militär-Arbeiterkolonie Hahelhorst soll nach dem Staats-entwurf einen eigenen Kirchhof erhalten. Die Verstorbene müssen jetzt auf dem 1 1/2 Stunde entfernten Spandauer Gemeinde-Kirchhof in den Äffeln beerdigt werden. Für die Grabstelle - heißt es in der Begründung - wird gegenüber den Spandauer Einwohnern der doppelte Preis gefordert, auch die Kosten für die Herstellung der Gräber werden unverhältnismäßig hoch berechnet. Dazu treten die durch die große Entfernung bedingten erheblichen Ausgaben für Ueberführung der Leichen. Die gesamten Begräbniskosten er-reichen hierdurch eine Höhe, welche die Hinterbliebenen verstorbenen Arbeiter auf das empfindlichste belastet. Die Beteiligung der Ar-beiterpartei an den Leichenbegängnissen ist wegen des erheblichen Lohnausfalls eine sehr geringe. Hierzu kommt die Gefahr, daß bei fernandwärts austretenden Krankheiten die Begräbnis-Verstorbener aus Hahelhorst auf dem Spandauer Gemeindekirchhofe jederzeit unterlag werden kann. Das Bedürfnis zur Anlage eines be-sonderen Kirchhofs für die Arbeiterkolonie Hahelhorst wird hierdurch unabweisbar.

**Vermischtes.**

Ein Kirchenbau als Mordbau. Bei dem Neubau in der Kirche des Diakonissenhauses in Wittenbrad vorgestern das Gerüst. Drei Arbeiter stürzten in die Tiefe. Der Arbeiter Wagner war sofort tot, die anderen erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Das Unglück soll durch die mangelhafte Verfassung einzelner Gerüstteile entstanden sein.

Ein Mann aus Cecnot gerettet. Die Rettungsstation Laboe der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphirt: Am 6. Dezember wurden von dem hier gestrandeten Dampfer „Selbrüd“ aus Bremen 8 Personen durch das Rettungsboot „Walter Wolfgang“ der Station und 3 Personen durch ein Ruderboot gerettet. - Die Rettungsstation Poel der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphirt: Am 6. Dezember von der hier gestrandeten schwedischen Brig „Dore“, Kapitän Nilsen, mit Holz von Sundvikt nach Wismar bestimmt, 8 Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet.

Das Seebad Craz hat durch die letzten Stürme, namentlich in vergangener Nacht, furchtbar gelitten. Die Wohnstätte der Fischer in Klein-Berlin wurde weggerissen, die Uferpromenade völlig ab-gedredt, die Uferwehrmauer fast ganz zerstört. Die Wälder am Strand drohen einzustürzen. Die Plantage wurde auf weite Strecken weg-geschwemmt. Die Not ist groß.

Das Rebal wird berichtet: Die Hälfte des Rebal, auf welchem das vor kurzen während eines Schneesturmes auf Grund geratene Panzergeschiff „General-Admiral Aprazin“ aufgelaufen war, ist jetzt abge-sprengt worden. Der Körper des Schiffes ist nicht beschädigt. Infolge des herrschenden starken Sturmes gingen Rettungsfahrzeuge nach der Insel Kotta ab.

Eine halbe Million für vier Wandteppiche. Aus Genoa wird berichtet: Die vier Gebrüder der verstorbenen Herzogin Grimaldi-Pallavicini, die dieser Tage öffentlich versteigert worden sind, wurden von dem Pariser Antiquar Seligmann für 585 000 Fr. erworben. Man glaubt, daß Seligmann im Auftrage Rothschilds ge-kauft habe.

Zu Vudapest ist der Beamte des Finanzministeriums und ehemalige Abgeordnete der Unabhängigkeitspartei Szekely wegen Unterschlagung von Briefmarken zu drei Jahren Kerker ver-urteilt worden.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Swinemünde	761	W	3	Wolfig	3	Saparanda	761	N	2	heiter	-11
Hamburg	759	W	3	Wolfig	3	Petersburg	-	-	-	-	-
Berlin	763	W	3	Wolfig	3	Soest	755	W	4	hebel	-12
Wiesbaden	763	W	3	Wolfig	3	Herdern	759	W	5	bedeckt	-12
München	760	W	3	Wolfig	3	Paris	763	W	2	bedeckt	-4
Wien	762	W	3	Wolfig	3						

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 7. Dezember 1899.**  
Seitweise heiter, die Nacht wolfig, bei mäßigen südwestlichen Winden, etwas kälterer Nacht und steigender Tagestemperatur; keine erheblichen Niederschläge.

**Marktpreise von Berlin am 5. Dezember 1899**  
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen	14,80	Schweinefleisch 1 kg	1,00
Woggen	14,70	Kalbsteisch	1,80
Winter-Weizen	14,-	Schmalz	1,00
Safer gut	15,-	Butter	2,80
mittel	14,20	Eier 60 Stück	6,-
gering	13,40	Karpfen 1 kg	2,20
Nachschub	4,-	Kale	2,80
Senf	6,90	Bander	2,50
Grüben	40,-	Erbsen	1,80
Speisebohnen	50,-	Borische	1,00
Kirschen	70,-	Schnele	2,80
Kartoffeln, neue	7,-	Bleie	1,20
Kartoffeln, alte 1 kg	1,00	Erbsen per Schot	12,-
do. Winter	1,20		

**Produktenmarkt vom 6. Dezember.** Für den Getreideverkehr kommen heute die vorwiegend höheren Auslandsnachrichten sowie ungünstige Saatenschaubereiche aus Ungarn und Amerika und die fortgesetzt kalte Witterung in Betracht und geben den Abgebern Veranlassung, ihre Preisforderungen für Weizen um 1 bis 1,25 M. für Roggen um 0,50 bis 0,75 M. gegen gestern zu erhöhen. Trotzdem blieb das Geschäft ziemlich unbedeutend, nur für Roggen war noch einige Konsumfrage vorhanden und führte zu Abschlüssen in beträchtlicher Ware für nahe und Frühjahrsfrachten. Deter wurde unter der Einwirkung der feilen Gesamttendenz ebenfalls um 0,50 M. höher gehalten. Rindvieh war behauptet.  
Am Spiritusmarkt entwickelte sich das Geschäft relativ lebhaft. Der 500 0/10 M. an und stellte sich auf 47,90 M. Termine lagen wieder hoch still.  
Kartoffelfabrikate. Feuchte Kartoffelstärke 10,30 M. In reine Kartoffelstärke disponibel und Januar-Februar 19,25-19,50 M. In Stärke und Mehl. Mittel-Qualität 18,50 M. per 100 Kilogramm.  
Städtischer Schlachtwiechmarkt. Berlin, 6. Dezember 1899. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 452 Rinder, 1708 Kalber, 671 Schafe, 12115 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in H.): Für Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt 00-00, b) junge fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 00-00. - Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 47-50. - Ferkeln und Schafe: a) vollfleischige, ausgewählte Ferkeln höchsten Schlachtgewichtes 00-00; b) vollfleischige, ausgewählte Lämmer höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewählte Lämmer und wenig gut entwickelte jüngere Lämmer und Ferkeln 00-00; d) mäßig genährte Lämmer und Ferkeln 48-50; e) gering genährte Lämmer und Ferkeln 44-47. - Kälber: a) feine Mastfäher (Sollmännchen) und beste Saugfäher 76-78, b) mittlere Mastfäher und gute Saugfäher 68-72, c) geringe Saugfäher 54-58, d) ältere, gering genährte Ferkel 42-45. - Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 60-66, b) ältere Mastlamm 54-58, c) mäßig genährte Lamm und Schafe (Merzschafe) 46-52, d) Halbschmer Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00-00. - Schweine: a) vollfleischige der feineren

Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 47-48, b) Kälber 00-00, c) fleischige 45-46, d) gering entwickelte 42-44, e) Sauen 40-42.  
Verkauf und Tendenz. Vom Rindviehtrieb blieben ungefähr 75 Stück unverkauft. Der Kalberhandel gestaltete sich ruhig. Schafe wurden bis auf wenige Stück ausverkauft. Der Schweinemarkt weilt (stehend) und wurde nicht geräumt.  
**Centralverband der Konditoren** (Mitgliedschaft Berlin). Heute, abends präzis 9 Uhr bei Schiller, Rosenhalestr. 57: Mitgliederversammlung. Gäste willkommen.  
**Berliner Naturheilverein II.** Abends 8 1/2 Uhr, Gontardstr. 5 I: Diskussionsabend. Gaste Eintritt frei.  
**Briefkasten der Redaktion.**  
Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.  
H. V. M. Die Frage, wann das neue Jahrhundert beginnt, ist trotz aller daran verschwendeten Dandelschwärze immer noch nicht entschieden.  
N. N. 2. Ihre erste Frage finden Sie wohl durch einen Blick in die Rubrik „Berichtzeitung“ der heutigen Nummer erledigt. 2. „Zugewandtheit“ ist die Oberhoheit eines Staates über einen anderen.  
12. 21. 1. Hier in Berlin 2,50 M. pro Tag. 2. Jetzt wird eine Ration nicht mehr verlangt. 3. Wohnungsgeldzuschuss wird erst mit der eintretenden Ausweisung gewährt, die (zu a) nach ca. 9-10 Jahren eintritt. 4. Die Kleidung wird von der Behörde geliefert; der Rosenkranz des Unterbeamten beläuft sich auf einen geringen Betrag pro Jahr - treten wir nicht, auf 10-15 M. 6. Ja. Unter bestimmten Voraussetzungen.  
Schwedterstr. 33. Sprechen Sie mit der Frage nach dem Vertrag in der Sprechstunde vor. - M. J. 23. 1. Gar nicht. 2. Ja. - Arbeiter-Turnverein. 1. Das ist ausführlich im „Vorwärts“ vom 20. (Beilage) dargelegt. Änderungen sind nicht erforderlich. 2. Ja. Ein solches Buch gibt es nicht. - Phlogographia. Diejenigen, die unterschrieben haben, sind schadenlospflichtig. - Brunnenstr. 164. Nicht sich nicht bestimmen. - P. S. 12. In Bremen findet die Einrichtung unseres Büfens mit dem Handeill hat, nicht mit dem Handeill (der Gullotte).

# Adressbuch

für Berlin  und Vororte

1900

ist erschienen

und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeiger“ SW. Zimmerstr. 39-41, zu den bekannten Preisen ausgegeben.

August Scherl.

**Reinhold Wankel, Berlin N., Brunnenstrasse 163,**  
nahe der Anklamerstrasse,  
Altestes Geschäft der Brunnenstrasse,  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager

**Brillanten, Uhren, Gold-, Silber- u. Alfenidwaren**

**Herrn-Uhren** mit Goldrand 7 Mark,  
**Goldene Damen-Uhren**, starke Gehäuse, von 20 M. an,  
**Gold. Herren-Uhren** von 35 Mark an bis zu den feinsten Stücken, unter 3jähr. schriftlicher Garantie.

Grossartige schöne **Schmucks** in Opalen, Smaragden, Türkisen und Perlen.  
**Goldene Ketten**, 8- und 11karätig, - nach Gewicht. -

**Möbel und Polsterwaren.** Großes Lager Heldegen. Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz, Reichensbergerstr. 5.** Auch Teilzahlung!

**MAGGI**

für 5 Pfg. eine ausgezeichnete Frühstück's Suppe.	für 10 Pfg. 2 Portionen vorzüglicher SUPPE.	für 12 Pfg. 2 Portionen kräftiger Fleischbrühe.	für 16 Pfg. 2 Portionen feinsten Kraftbrühe.	für 25 Pfg. ein Probe-Fläschchen Maggi zum Würzen.
---	---	---	--	--

**DIE GUTE SPARSAME KÜCHE**

**Portemonnaies**  
Rindsleder, unverwundlich,  
**2 Mark pro Stück**  
Cigarettaschen mit gesticktem Monogramm 5 M.  
Postkarten- und Photographie-Albume.  
**C. A. Flemming, Berlin, Beuthstr. 11.**  
Gegründet 1828.

**Steppdecken**  
am billigsten in der Fabrik von **Emil Lefèvre,**  
Berlin S., Oranienstrasse 158.  
Gelegenheitskäufe in Schlaf-, Reise- und Pferdebedeckn. 1.  
**Pracht-Katalog** (144 Seiten hart) gratis u. postfrei.

**Für 36 Mark**  
fertige feine Winter-Paletots nach Maß, für 30 Mark hochfeine Anzüge nach Maß, für 8-12 Mark feine Hosen nach Maß. 31062  
Riesen-Stofflager.  
**Kranienstr. 14, I, kein Laden.**

**Fest-Säle, Hasenheide 13, 14, 15.**  
Max Kliems  
Zur Mitteilung, daß ich meinen neuen Festsaal, Solenheide 13, circa 1500 Personen fassend, am 1. Weihnachtstages eröffne. Stelle den selben den geehrten Vereinen, Gesellschaften etc. zu Festlichkeiten zur Verfügung. Gleichzeitig empfehle meine übrigen Festsäle zu Veranlassungen und Festlichkeiten jeder Art. Einige Sonnabende sind auch zu vergeben.  
Max Kliem.